

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 2/2013

www.ak-umwelt.at

Schwerpunkt:

Was kostet die Umwelt?

Politik: EU-Eisenbahnpaket
Betrieb: Arbeiten im Grünen
Leben: Sortenvielfalt

average profitability

deviation

57,2%

56,4%

43,3%

32,5%

AK

UMWELT

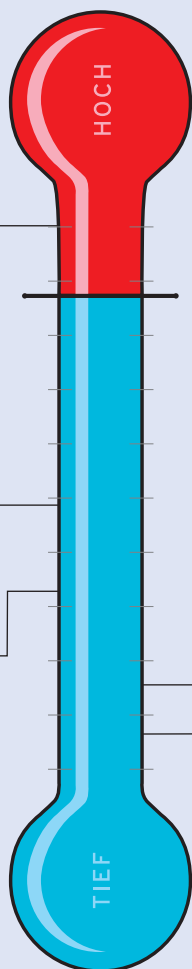
www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

INTELLIGENT seien die neuen Stromzähler, Smart Meter, die verpflichtend 5,5 Millionen mechanische bis 2019 ersetzen sollten. Sicher. Nur für wen? Die automatische Viertelstundenablesung gibt dem Lieferanten alle Details des persönlichen Verbraucherverhaltens. Jetzt ist die Zwangsbeglückung durch Einsatz von AK und Mietervereinigung gefallen. Viel intelligenter!

FÖRDERWAHN. Statt die Verminderung der Geruchs- und Umweltbelastung bei der Gülleausbringung verbindlich vorzuschreiben, hat die Landwirtschaftslobby im Parlament jetzt durchgesetzt, dass die Bauern für sinnvolle Maßnahmen (Abdeckung von Güllebehältern) stärker gefördert werden sollen. Das stinkt zum Himmel!

OH SCH(R)ECK! Der Sanierungsscheck von Wirtschafts- und Lebensministerium sollte die Zahl der energetischen Gebäudesanierungen erhöhen. Tatsächlich kam es bei Wärmedämmverbundsystemen und Fenstern 2012 zu Rückgängen von 3,8 und 3,1%. Zudem: 200.000 Haushalte konnten sich den Sanierungs-Sch(r) eck erst gar nicht leisten. Wer saniert sich da auf Steuerzahlerkosten?



MIT 180 SACHEN unterwegs war Umweltminister Berlakovich – im Auto, im Dienst. Also doch für den Umweltschutz? Mal sehen: Verbot von Bienengiften, Erhalt von Sortenvielfalt, Klimaschutz, faire Ökostromförderung? Die Verteidigung von Interessen von Großbauern, Agrarkonzernen und Industrie geht im Dienstaustempo, alles andere im Schnecken tempo.

KLIMABREMSE. Die deutsche Regierung hat im Juni auf EU-Ebene einen Kompromiss zur Senkung der CO₂-Flottenemissionen gestoppt. Ab 2020 sollten Neuwagen im Schnitt maximal 95 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Luxus-SUVs dürfen damit weiter als Bremse beim Klimaschutz wirken.

HEXEN - GIBT'S DIE? Ja, für den ÖVP-Wirtschaftsbund einer NÖ-Gemeinde schon. Der lud zur „Sonnenwendfeier mit Hexenverbrennung“ – bei Regen im Gasthaus. Ob das Gasthaus mit abgefackelt worden wäre, ist nicht bekannt, es herrschte Schönwetter. Gar nicht schön, die „Hexenverbrennung“: Ökologisch? Kaum. Nachhaltig? Ja, nachhaltig frauenfeindlich!



UMWELTPOLITIK BAHN: EU-PLÄNE

Die EU plant jeglichen öffentlich finanzierten Schienenpersonenverkehr, unabhängig davon, ob das derzeitige Angebot funktioniert oder nicht und unabhängig davon, ob die KundInnen zufrieden sind oder nicht, zwangsweise auszu-schreiben. **Seite 10**

RUBRIKEN

Nachrichten	Seite 04
Kommentar	Seite 05
Umwelt in der EU, in Europa und der Welt	Seite 06
Aktuelles Interview	Seite 09
Aktion	Seite 25
Medien	Seite 29
Vor 15 Jahren	Seite 34
AK-Wissenschaft	Seite 35

Der Trend in der Arbeitswelt geht zu immer mehr sitzenden Tätigkeiten. Durch das Radfahren zur Arbeit können Sie sich einen guten Ausgleich verschaffen. Die Arbeiterkammer unterstützt daher das Radfahren am Arbeitsweg als Beitrag zur umfassenden Gesundheitsvorsorge in der Arbeit.

Rudi Kaske



BETRIEB
GERÄTEBENZINE

Die Belastung von ArbeitnehmerInnen, die Arbeitsgeräte wie Benzin-Motorsägen etc. in Wäldern, Parkanlagen und bei der Grünpflege im Garten verwenden, wird meist unterschätzt. Krebserzeugendes Benzol ist besonders problematisch. **Seite 26**

LEBEN
SAATGUT

Sortenraritäten bei Gemüse, Getreide und Obst werden immer stärker nachgefragt. Die neue EU-Saatgutverordnung gefährdet diese Vielfalt und begünstigt große industrielle Saatguthersteller gegenüber BiobäuerInnen und HobbygärtnerInnen. **Seite 30**

SCHWERPUNKT WARE UMWELT

Umwelt und Nachhaltigkeit liegen im Mainstream. Bald schon alles wird in Worten grün angefärbt. Green Economy soll das Geschäft mit Öko und Bio ankurbeln, greift nach dem grünen Markt. Dient das aber auch dem Umweltschutz? **Seite 13**



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien **Telefon** 01/501 65-DW **E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Redaktion** Mag. Sylvia Leodolter (Chefredakteurin), Dr. Wilfried Leisch (Redakteur) **Sekretariat** Christine Schwed (DW 2698) **Grafisches Konzept** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Layout & Infografik** Michael Haderer **Coverfoto** iStockphoto.com/JacobH **Druck** Ueberreuter Print und Digimedia, 2100 Korneuburg. Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. **ISSN** 1028-4664



www.ak-umwelt.at

UZ-Platzhalter

UMWELT UND MARKT

Wer fragt sich eigentlich, was die Freiheit der Märkte mit der Freiheit der Menschen zu tun hat? Oder, ob es noch Werte gibt, die nicht automatisch mit einem Preisschild versehen sind? Die neoliberale Gehirnwäsche ist längst auch in der Umweltpolitik und im Naturschutz angekommen und verbreitet sich wie ein Virus in allen Medien und Köpfen. Die Wirtschaft hat es satt, sich mit Schutzbestimmungen und nervigen Regulierungen im Umweltrecht herumzuschlagen, da ist es doch viel besser, neue Märkte und „innovative Finanzinstrumente“ auch im Umweltbereich zu schaffen. Wenn schon Regeln, dann bitte solche, die die private Wirtschaft selbst definiert und mit freiwilligen Zertifizierungssystemen kontrolliert. Wozu noch Parlamente? Dem Handel mit Verschmutzungsrechten und der „Green Economy“ gehören die Zukunft. Dass es Grenzen der Monetarisierung in der Vermarktung der Umwelt gibt, wird ausgeblendet, weil es die Profitabilität des Geschäfts stört. Doch die Grenzen liegen in der Unsicherheit künftiger Schäden und Nutzen, in der fehlenden – von der Ökonomie immer vorausgesetzten vollständigen – Information über Kosten und



ökologische und soziale Zusammenhänge sowie in der Blindheit gegenüber den Bedürfnissen künftiger Generationen. Ganz abgesehen davon, dass ethische Werte nicht monetarisierbar oder Menschenrechte unveräußerlich sind. Vor allem haben all jene keine Stimme, denen das Geld fehlt, um in diesen neuen Märkten, in denen Umweltgüter und letztlich ihre Gesundheit und Zukunft veräußert werden, mitzubieten. Verteilungspolitische und soziale Fragen werden einfach ausgeblendet, demokratische Prozesse ausgehebelt. Aber nicht nur Menschen, sondern erst recht Tiere, andere Lebewesen und Ökosysteme haben in Umwelthandlungssystemen keinen Platz. Artenvielfalt und Natur lassen sich nicht auf Geldeinheiten reduzieren. Es ist ja schon unmöglich, die Vielzahl sozialer und kultureller Bedeutungen von Biodiversität hinreichend zu begreifen. Wer den Handel mit dem Leben zulässt, wird rasch mit leeren Händen übrig bleiben.

Sylvia Leodolter

NACHRICHTEN

KATASTROPHEN

VERSICHERUNG ALS PFLICHT?

Wer eine Feuerversicherung hat, soll in Zukunft verpflichtet sein, eine Naturgefahrenversicherung abzuschließen.

Das träfe alle Inhaber von Gebäuden. Dafür plädieren die österreichischen Versicherer und wollen das über das Versicherungsvertragsgesetz umgesetzt haben. In der österreichischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel ist ihr Wunsch schon als Maßnahme verankert. Herkömmliche Haushaltsversicherungen decken viele Naturgefahren wie Hochwasser, Lawinen und Erdbeben nur sehr bedingt



ab. Wer in Hochwasserzonen lebt, bekommt überhaupt keine Versicherung. Mit einer Pflichtversicherung käme es zu einer Risikostreuung und die Prämien für eine Volldeckung würden erschwinglich. Durch das Ansparen der Mittel entstünde auch ein Versicherungspool, der den Katastrophenfond entlasten könnte, argumentieren die Versicherer. Das EU-Grünbuch „Versicherung gegen Naturgefahren und

Elektrosmog

DEUTSCHE REGELUNG WIRD ERNEUERT

Die Novelle der Vorschriften über elektromagnetische Felder sieht künftig beim Ausbau ein Minimierungsgebot für solche Felder vor und untersagt beim Bau neuer Stromtrassen die Überspannung von Wohngebäuden. Auch private und hoheitlich Funkanlagen unterliegen der neuen Verordnung. www.bmu.de **HO**

von Menschen verursachte Katastrophen“ ermittelt gerade die Praxis in den Mitgliedstaaten. In der Schweiz hat man sich bewusst für eine staatliche Versicherung entschieden, da man die vielen Gestaltungsfragen nicht den Versicherern alleine überlassen wollte. **HO**

LUFTVERSCHMUTZUNG

PROBLEMFALL STICKOXIDE

In Europa gab es zwar Fortschritte beim Rückgang der Luftschadstoffemissionen, aber auch Probleme.

Diese betreffen Stickoxide (NOx), Ammoniak (NH₃), Schwefel (SO₂) und nicht-methanhaltige flüchtige organische Verbindungen (NMVOCs). Trotzdem können viele Staaten auch für 2011 die bereits für 2010 verbindlichen Ziele nicht einhalten. Laut einer vorläufigen Sachstandserhebung der Europäischen

Umweltagentur für das Jahr 2011 erweist sich vor allem NOx als größtes Problem. Die Zahl der Problem-Staaten sank zwar von zwölf auf sieben (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Irland und Österreich), aber diese weisen teilweise beträchtliche Überschreitungen auf. Österreich verfehlte auch 2011 das Ziel um satte 40 Prozent. Die EU-Kommission erwägt dazu bis Herbst 2013 eine Vorgangs-

weise. Darunter wird auch die Einleitung eines Verfahrens beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) vermutet. **FG**

AWG-NOVELLE

IM PARLAMENT BESCHLOSSEN

Die Anfang Juli beschlossene AWG-Novelle zielt auf ökologische und ökonomische Verbesserungen und stärkt die Kommunen.



MARITIME SCHIFFFAHRT

KEINE EMISSIONSSENKUNGEN

Die Schifffahrtslobby hat über strengere Abgasregelungen für Schiffsmotoren einen folgeschweren Sieg davon getragen. Bei einer Sitzung des Ausschusses der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO, International Maritime Organization – www.imo.org) am 6. Mai 2013 stimmte eine knappe Mehrheit von Mitgliedstaaten, darunter sechs EU-Staaten, für eine Verschiebung bei strengeren Stickoxid-Grenzwerten von Schiffen („Tier II-Standard“) von 2016 auf 2021. Dieser neue Standard hätte NOx-Emission um 75 Prozent gekürzt. Gegen den Trend in anderen Wirtschaftssektoren steigen die Emissionen aus der Schifffahrt an. Laut Europäische Umweltagentur (www.eea.europa.eu) werden Seeschiffe ab 2020 an den europäischen Küsten so viel emittieren wie alle Emissionsquellen auf dem Lande zusammen. Die Abgasbelastung dieser Schiffe wird für rund 50.000 vorzeitige Todesfälle in Europa verantwortlich gemacht. **FG**

Durstlöscher Trinkbrunnen

In Wien bieten Trinkbrunnen allen Durstigen die Möglichkeit einer kostenlosen Erfrischung. Sie befinden sich etwa in Parks, bei Spielplätzen und bei Märkten. Karte mit Standorten: www.wien.gv.at/wienwasser/versorgung/brunnen.html

Die Novelle bringt einen höchst erfreulichen Systemwandel. Obwohl das derzeit geltende Gesetz prinzipiell mehrere Sammel- und Verwertungssysteme zulässt, wird die Sammlung vom Monopolisten ARA beherrscht. Dem AWG fehlen bislang detaillierte Regelungen für Marktzutritt und fairen Wettbewerb. Die werden nun geschaffen. Völlig neu ist, dass die Ausgestaltung der Sammlung in Zukunft nicht mehr von ARA entschieden, sondern per Verordnung geregelt wird, die in einem breiten Stakeholderdialog vorbereitet werden soll. Daran wird auch die AK teilnehmen. Damit können die kommunalen Sammlungen besser mit der Verpackungssammlung abgestimmt werden. Wo kommunale Entsorger tätig sind, ist sichergestellt, dass keine Ausschreibung erfolgt, sondern die Sammelsysteme diese Strukturen mitnutzen müssen. **HO**

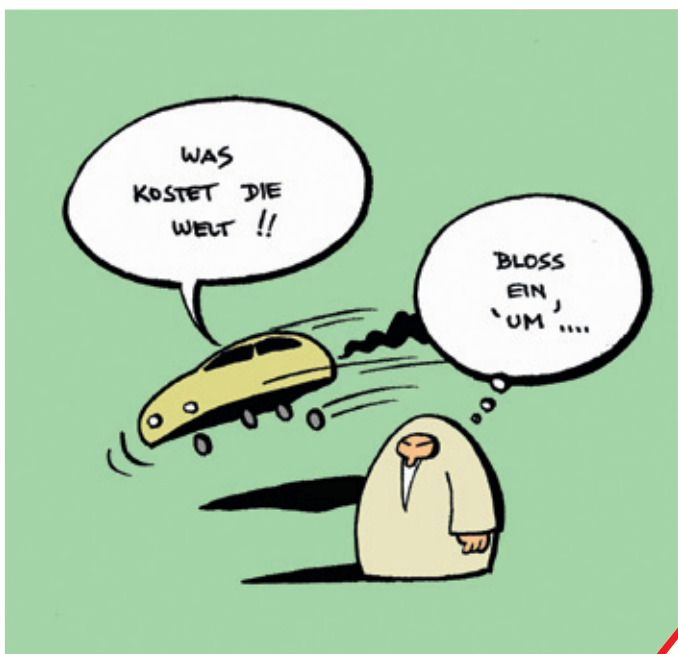
CSR

NAP - NATIONALER AKTIONSPLAN

Umwelt- und Wirtschaftsministerium luden ein, einen Entwurf für einen NAP CSR zu diskutieren.

Die GPA-djp, das Netzwerk Soziale Verantwortung und die Arbeiterkammer haben jedoch harsch die Absage der Veranstaltung gefordert, weil beide Ministerien ohne jede Rücksprache mit dem drittbefassten Sozialministerium eingeladen haben. Offenbar wollte man Änderungswünschen von dort „den Wind aus den Segeln nehmen“. Ein unter gemeinsamer Federführung aller drei Ressorts erstelltes Papier, das den Weg für ausgewählte konkrete Projekte ebnet, wäre ein echter Fortschritt angesichts der polarisierten Positionen zum Thema „Soziale Verantwortung“ von Unternehmen. Hoffentlich finden die Beteiligten

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN

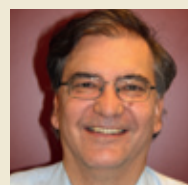


KOMMENTAR VON RICHARD RUZICZKA GIGA-SCHNELLSCHUSS

Nach dem Motto „darf’s a bisserl mehr sein“ will EU-Kommissar Kallas mit einem Richtlinienentwurf grünes Licht für die Zulassung von überlangen und -schweren Lkw geben. Auf der Strecke bleiben die umweltfreundlichen Verkehrsträger.

Mit diesem Kniefall vor Industrie, Verladern und Frächtern will Verkehrskommissar Kallas noch rasch gegen Ende seiner Amtszeit die Straße für Monster-Lkw ebnen. Dabei spielt keine Rolle, dass sein Verkehrsweißbuch oder die Alpenkonvention als Ziel die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene festschreiben, höchstens zweitrangig sind die vielen Studien, die dramatische Auswirkungen einer Zulassung von Gigalintern auf Verkehrssicherheit, auf Infrastrukturkosten und für die Bahn (minus 70 Prozent) aufzeigen, unwidersprochen übergangen werden die vielen Gegenargumente aus dem EU-Parlament. Mit zum Teil haarsträubenden Begründungen sollen die Erhöhung der Gewichte und Längen und die Zulassung von Monster-Lkw im grenzüberschreitenden Verkehr umgesetzt werden. Beispiel? Die Erhöhung der Tonnage von zweiachsigen Omnibussen sei notwendig, um dem „gestiegenen

Durchschnittsgewicht der Passagiere“ Rechnung zu tragen. Kallas mogelt auch, wenn er den Begriff „kombinierter“ durch „intermodaler“ Verkehr ersetzt: Dann kann nämlich der überwiegende Teil der Strecke eines Containers mit 44 Tonnen auf der Straße (z.B. im Transit durch Tirol) zurückgelegt werden statt mit Eisenbahn oder Schiff. Die Zulassung von Monster-Lkw im Verkehr zwischen zwei Staaten ohne Gewichts- und Längenlimit ist der Hauptzweck des Entwurfes. Damit werden Fakten geschaffen, die andere Mitgliedstaaten unter Zugzwang bringen. Ja, es gibt auch Positives im Entwurf wie Vermeidung des „toten Winkels“ bei Führerhäusern, verstärkte Kontrollen, Einbau von Gewichtssensoren oder aerodynamischen Lkw-Aufbauten. Zu all diesen Punkten fehlen jedoch konkrete, verpflichtende Bestimmungen. Erst nach Inkrafttreten der Richtlinie sollen die näheren Details festgelegt werden. Will man hier die Mitsprache des EU-Parlaments umgehen?



* **Mag. Richard Ruziczka** ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

Klimapolitik: Bei der Tagung des EU-Rates im Mai haben die Staats- und Regierungschefs der EU Schlussfolgerungen verabschiedet, die eine deutliche Gewichtsverlagerung von einer fortschrittlichen Klimapolitik der EU hin zu einer Strategie der Verbilligung von Energie darstellen. Der grüne Luxemburger EP-Abgeordnete Claude Turmes führt dies auf eine massive Einflussnahme von Business Europe zurück, der Lobbying-Organisation der Industrie auf EU-Ebene. Auch die Mehrheit im EP gegen den Vorschlag der EU-Kommission, den Preis der Emissionszertifikate zu stützen, sei von Business Europe organisiert worden.

Gewässerverschmutzung: Die Umwelt-NGO Greenpeace hat einen Bericht veröffentlicht („Toxic Threads: Polluting Paradise“), der ein Bild von der Gewässerverschmutzung in Indonesien durch die Textilindustrie zeichnet. Indonesien ist einer der zehn weltgrößten Textilexporteure, etwa neun Prozent des Exportvolumens sind Bekleidung. Die Untersuchung zeigt anhand einer Fabrik,

welche gefährlichen Chemikalien eingesetzt werden und dass die Abwässer ungeklärt in einen Fluss eingeleitet werden. Der Bericht ist der sechste in einer Reihe, in der Greenpeace die Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch die Textilindustrie in Entwicklungsländern beschreibt.

Nachhaltigkeitskritik: Die schwedische Organisation TCO ver gibt weltweit angesehene Produktkennzeichen für nachhaltige IT-Produkte. Doch die Vergabe des ersten Nachhaltigkeitszeichens für ein Smartphone der südkoreanischen Firma Samsung ist auf heftige Kritik von NGOs gestoßen, die sich für die Gesundheit und Rechte von ArbeitnehmerInnen einsetzen. Die europäische Initiative Good Electronics hat gemeinsam mit amerikanischen und asiatischen Organisationen darauf hingewiesen, dass 70 Samsung-Arbeiterinnen in den letzten Jahren an Krebs gestorben seien, nachdem sie am Arbeitsplatz karzinogenen Stoffen ausgesetzt waren. Diese Tatsachen stünden einer Auszeichnung mit einem Nachhaltigkeitskennzeichen entgegen. **CS**

nach einer Abkühlungsphase wieder zu einer konstruktiven Weiterarbeit. **HO**

TREIBSTOFFVERBRAUCH AUTOHERSTELLER TRICKSEN

Herstellerangaben zu Treibstoffverbrauch bei Pkw stimmen nicht mit der Wirklichkeit überein.

Dies bekräftigt eine neue Studie des International Council on Clean Transport. Überraschend an dem Befund ist aber eine immer größere Kluft zwischen offiziellen Daten (Werksangaben aufgrund von Typenzulassung) und realen Verbrauchswerten im Vergleich zu vor zehn Jahren. Basis waren Fahrer-Aufzeich-



Verbrauch: Fehlanzeige

nungen der Verbräuche in vier EU-Staaten sowie Prüfstandsuntersuchungen des ADAC bei 1.200 Pkw-Modellen. Grundannahme ist dabei, dass individuelles Fahrverhalten verursacht, aber sich in den zehn Jahren nicht grundlegend verändert hat. Die Kluft hat sich demnach von zehn auf 21 Prozent vergrößert. Als Gründe werden genannt: Vorrichtungen, die bei der Typen-

prüfung stärker wirken (z.B. Stop-Start-Technologie) oder nicht berücksichtigt werden müssen (z.B. Klimaanlage). Daneben spielen auch „Flexibilitäten“ bei der Typenzulassung“ (z.B. überhöhter Reifendruck) eine Rolle. Studie: „From Laboratory to Road“ www.theicct.org **FG**

EU-VERTRAGS- VERLETZUNG

KRAFTWERK IN DER SCHWARZEN SULM?

Ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren droht Österreich durch den Bau eines Wasserkraftwerks.

Gebaut soll an der Schwarzen Sulm werden, einer noch unberührten Flussstrecke in der Steiermark. Dies verstöße gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie, da Österreich das überwiegende öffentliche Interesse am Kraftwerksbau nicht dargetan habe. Die Projektwerber haben Mitte Mai schon die Bagger kommen lassen. Denn formal wäre der Bau derzeit rechtens. Allerdings hat der Umweltminister dem steirischen Landeshauptmann die Weisung erteilt, die Genehmigung nochmals zu überprüfen. Doch dieser lässt sich Zeit. Umwelt-NGOs und Umweltschützer appellieren endlich den rechtmäßigen Zustand herzustellen. Auch das Umweltministerium ist in seiner bisherigen Stellungnahme davon ausgegangen, dass das Projekt nicht genehmigungsfähig ist. **HO**

Steigender SUV-Anteil in Wien

Heuer ist bereits jeder sechste Neuwagen mit Wiener Kennzeichen ein SUV oder Geländewagen. Seit 2005 hat sich die Zahl der neuzugelassenen SUV sogar fast verdreifacht. Die großen SUV-Modelle verschärfen zudem das Platzproblem in Wien. www.vcoe.at

NATURA 2000

**ZU WENIG GEBIETE
IN ÖSTERREICH**

Ende Mai hat die EU-Kommission gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Die EU-Kommission geht nämlich davon aus, dass Österreich seiner Pflicht zur vollständigen Nennung aller Natura-2000-Gebiete noch immer nicht nachgekommen ist. Die Dinge ins Rollen gebracht hat der Umweltdachverband (UWD), der 50 mögliche Gebiete nach Brüssel genannt



hat. Das Mahnschreiben listet mittlerweile aber 350 Gebiete auf. Im UWD geht man davon aus, dass Österreich mehr als 200 Gebiete wird nachmelden müssen. Für potenzielle Gebiete besteht sofortiges Bau- und Eingriffsverbot. Die für den Naturschutz zuständigen Bundesländer haben nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren, so UWD-Präsident Gerhard Heilingbrunner, der die Ursachen auch in der fehlenden bundesweiten Koordination sieht. So fordert der UWD ein Bundesrahmennaturschutzgesetz. Besonders heikel scheint die Lage in Tirol, wo ein Kraftwerksprojekt an der Isel und ein Skiliftprojekt am Piz Val Gronda betroffen sind. www.umweltdachverband.at **HO**

Radfahrfiber: Der RADLgeber

Der Ratgeber gibt Tipps für Auswahl und Wartung eines Rades, passende Bekleidung, optimale Sicherheit oder Pannenbehebung. Er enthält nützliche Adressen, Infos über Dienstfahrräder und die aktuelle Gesetzeslage. www.umweltberatung.at

MEHRWEG

**IN DEUTSCHLAND
UND ÖSTERREICH**

In Deutschland wurde die geplante bessere Kennzeichnung von bepfandeten Mehrwegverpackungen (am Regal) vom Bundesrat vertagt.

Der will eine Kennzeichnung auf der Flasche, die die Bundesregierung ablehnt. Der Marktanteil der Bier-Mehrweg-Glasflasche soll von 89,2 (2009) auf 86,6 Prozent (2012) gesunken sein. Gefragt ist Mehrweg vor allem im Billigsegment. Für Österreich haben Ende Februar Arbeiter- und Wirtschaftskammer gemeldet, dass erstmals die Mehrwegquote nicht mehr gesunken ist. 2011 liegt sie für Bier bei etwa 59 Prozent, insgesamt bei 21,9 Prozent also knapp unter den 22,1 Prozent, die die Sozialpartner 2010 als Ziel für Österreich vereinbart haben. Ob das schon auf die vereinbarten Maßnahmen im Handel zurückzuführen ist, lässt sich aber nicht sagen. Verstärkte Maßnahmen sind sicher nötig, z.B. die dzt. laufende Kampagne des Umweltministeriums: „Sags am Mehrweg“. **HO**

VERKEHRSLÄRM

**RECHT AUF
SCHUTZ**

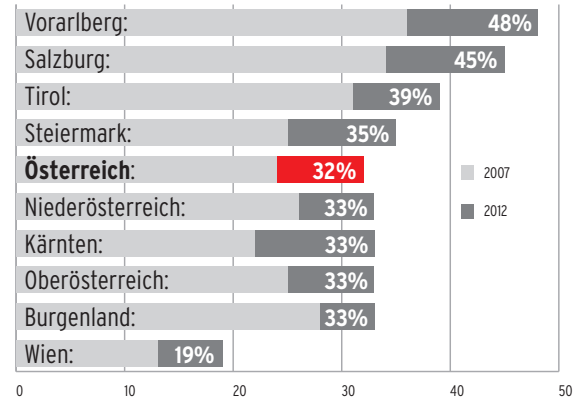
Die deutschen Grünen legen ein bemerkenswertes Grundsatzpapier zum Schutz vor Verkehrslärm vor.

Anlass war der Tag des Lärms am 24. April 2013. Ergänzt

WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK

FAHRRAD: STARKER BOOM

Anteil der Bevölkerung über 15 Jahre, der täglich oder mehrmals die Woche Rad fährt - 2012



QUELLE: STATISTIK AUSTRIA, VCO 2013

Das Fahrrad erobert die Alltagsmobilität. In allen Bundesländern boomt das Radfahren. Auffallend ist, dass in Westösterreich deutlich mehr Menschen mit dem Rad fahren als in den östlichen Bundesländern. Österreichs Spitzenreiter beim Radfahren sind Salzburg und Vorarlberg, wo 79 bzw. 78 Prozent mit dem Rad ab und zu unterwegs sind. Dort ist auch die Zahl der VielfahrerInnen (täglich oder mehrmals die Woche) mit 45 bzw. 48 Prozent am höchsten. In Wien ist der Anteil der AlltagsradfahrerInnen von 43 auf 56 Prozent gestiegen: Das heißt, dass mehr als die Hälfte der WienerInnen zumindest ab und zu das Fahrrad benutzt. Ein Fünftel ist auch in Wien schon VielradlerIn, nutzt mehrmals die Woche das Bike. In keinem anderen Bundesland ist die Zahl der RadfahrerInnen in den letzten fünf Jahren so stark gestiegen, nämlich um mehr als 200.000 auf rund 800.000. **LEI**

MONSANTO UND GENTECHNIK

VERFRÜHTER JUBEL

Ende Mai hieß es, Monsanto hätte die Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut in Europa eingestellt. Der amerikanische Agrarkonzern steht wie kein anderer für eine industrialisierte Landwirtschaft und für eine millionenschwere und aggressive Lobbyarbeit. Der Jubel bezog sich auf Aussagen von Monsanto-Repräsentanten, wonach man in Europa keine neuen Zulassungen anstreben wolle. Doch nach Angaben des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat der Agrarkonzern bisher keinen einzigen seiner laufenden Zulassungsanträge für Gentechpflanzen zurückgezogen. Elf Pflanzen warten auf eine Anbauzulassung. Für 46 Pflanzen liege ein Antrag auf Import in die EU vor. **HO**

wurde das Papier mit dem Antrag auf entsprechende gesetzliche Änderungen. Das Papier greift zahlreiche Erkenntnisse des Forschungsverbundes „Leiser Verkehr“ auf und will Kommunen den Weg zur Nutzung von Tempolimits zum Schutz vor Verkehrslärm erleichtern. Im Kern steht der Vorschlag für ein Verkehrslärmschutzgesetz, das Lärmbetroffenen einen Anspruch auf Ausweisung als Lärmsanierungsgebiet gibt, wenn dort bestimmte Werte überschritten werden. Die für die Straßen- und Schienenwege jeweils zuständigen Behörden sollen zu Sanie-

rungsmaßnahmen verpflichtet werden und die Kosten nach energetischen Verursachungsanteilen tragen. Ein Verfahren zur Prioritätenreihung soll sicherstellen, dass dort gehandelt wird, wo es am lautesten ist. www.valerie-wilms.de/startseite/volltext-startseite/article/antrag_zum_laerm-schutz_eingebracht/ **HO**

FLUGHAFEN SALZBURG

NACHTRÄGLICH UVP-PFLICHTIG

Laut EuGH ist für den Salzburger Flughafen-ausbau eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nötig.

Damit wird die Entscheidung des Umweltsenats aus 2009 bestätigt. Aufgrund der mangelhaften Umsetzung der UVP-RL im UVP-G 2000 war die UVP-RL unmittelbar anwendbar. 2002 hatte der Flughafen den Terminal II beantragt und ohne UVP gebaut. 2004 folgten weitere Ausbauprojekte. Der Umweltsenat hat schon den Terminal II als UVP-pflichtig festgestellt. Nun ist eine vereinfachte UVP durchzuführen. Mittlerweile ist zwar der Anhang des UVP-G novelliert und scheint grundsätzlich EU-rechtskonform. Allerdings steht nun die Frage einer nachträglichen UVP für den Terminal II im Raum, wofür es schon beim Flughafen Schwechat keine ernstzunehmende Lösung gegeben hat. Das hat auch das EU-Parlament in seiner Entschließung vom 12. März 2013 bekräftigt, die auf einem Sonderbericht des EU-Ombudsmanns beruht. **HO**



Wasserliberalisierung

POLITISCHES EINLENKEN

Die auch von der AK unterstützte EU-Bürgerinitiative „Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ verbucht den ersten großen Erfolg. Der zuständige EU-Kommissar Barnier kündigte an, den Wassersektor gänzlich aus der umstrittenen EU-Konzessionsrichtlinie auszunehmen. www.right-2water.eu/de **LS**



LEITUNGSWASSER: VIELE GUTE TIPPS SOMMER-DURSTLÖSCHER

Mit den Temperaturen steigt der Durst. In Österreich werden jährlich rund vier Milliarden Getränke in Einwegverpackungen verkauft. Dabei ist Leitungswasser in den meisten Regionen am besten, kostengünstig, umweltfreundlich, stets verfügbar und muss nicht nach Hause getragen werden. Zum Vergleich: Täglich einen Liter Limonade aus der 1-Liter-Flasche zu trinken kostet ca. 430 Euro pro Jahr, ein Liter Leitungswasser täglich ist um nur 50 Cent pro Jahr zu haben. Oder: Ein Liter Limonade enthält 36 Stück Würfelzucker, das ist ein Fünftel des Tageskalorienbedarfs. Wasser hat Null Kalorien. Den Durst auf Mineralwasser löscht man am besten aus der Glas-Mehrwegflasche oder sprudelt Leitungswasser mit wieder befüllbaren Sodakapseln auf. Mehr Infos finden Sie unter: www.umweltberatung.at oder www.wienwasser.at **LEI**

LÄRMKARTEN

AKTIONSPLÄNE 2013 SIND ONLINE

Ende Mai hat das Umweltministerium angekündigt, dass die neuen Lärmkarten unter www.laerminfo.at einsehbar sind.

Mittlerweile liegen auch schon die meisten Aktions-

pläne zur Lärminderung zur Einsicht und Stellungnahme auf. Höchste Zeit. Denn die EU-Umgebungslärmrichtlinie verpflichtet alle Mitgliedstaaten zu einer strategischen Lärminderungsplanung. Ein wichtiger Baustein dazu sind die Lärmkarten, die den Verkehrslärm auf allen Hauptverkehrsstraßen, Haupt-

Wiener Webflohmarkt

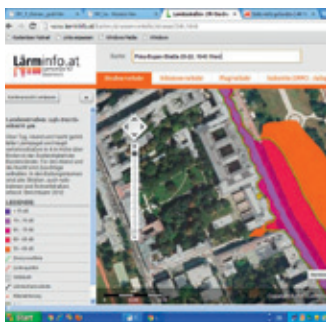
Der „48er Bazar“: Was nicht mehr gebraucht wird aber noch gut ist, kann bei jedem Wiener Mistplatz abgegeben werden und kommt dann im 48er Bazar zur fairen Preisen wieder auf den Markt. www.wien.gv.at/umweltschutz/webflohmarkt/index.html



Europäischer Elektroschrott in Afrika

Laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO besteht der weltweit am schnellsten wachsende „Müllberg“ aus Elektroartikeln, der jährlich um vier Prozent wächst. Schätzungen zufolge fallen über 41 Millionen Tonnen, pro Jahr an. www.suedwind-agentur.at

schienenstrecken, Flughäfen und Ballungsräumen für jede betroffene Liegenschaft darstellen. Neu ist, dass diese Karten nun für Smartphone optimiert abrufbar sind. In den veröffentlichten Aktionsplänen sollen die für den jeweiligen Verkehrsträger zuständigen Behörden die Lärmprobleme analysieren und die geplanten Maßnahmen zur Lärminderung bekannt geben. 2008 hat die



AK diese Aktionspläne als sehr mangelhaft kritisiert (<http://wien.arbeiterkammer.at/online/mehr-transparenz-beim-laermschutz-51881.html>). Auch jetzt kann wieder jedermann/frau dazu binnen der Frist Stellung nehmen. **HO**

FLUGLÄRM WIE DEN SCHUTZ VERBESSERN?

Dazu haben mehrere deutsche Bundesländer, Betroffeneninitiativen und das Umweltbundesamt ein Eckpunktepapier ausgearbeitet.

Im Vorfeld ist auch der aktuelle Wissensstand zu den gesundheitlichen Auswirkungen nächtlichen Fluglärms in einer Studie erhoben worden. Beispielsweise braucht es Nachbesserungen, um das He-

ranrücken der Wohnbebauung zu verhindern. Militärische Flughäfen sollen weitgehend gleich behandelt werden. Flugroutenfestlegungen sollen künftig öffentliche Anhörungen vorangehen. Wenn Anrainer betroffen sind, sollen diese nur im Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt erfolgen können. Die Studie hat die Bedeutung des Schutzes des Nachtschlafes herausgearbeitet und zeigt, dass die Maximalpegel für die Aufwachreaktion weit bedeutsamer sind als die Durchschnittspegel. Kinder sind eine besondere Risikogruppe. www.umwelt.nrw.de/umwelt/laerm/fluglaerm/index.php **HO**

UNGARN LKW-MAUT

Unser Nachbarland bekommt ein fahrleistungsabhängiges Mautsystem.

Mit 1. Juli 2013 steigt auch Ungarn von der zeitabhängigen Vignette auf das elektronische Road-Pricing um. Nach Planungsarbeiten seit 2007 wird die Maut auf einem Straßennetz von 6.513 km für Lkw mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t eingehoben. Die Abbuchung erfolgt über ein elektronisches Mautgerät. Alternativ kann an Vertriebsstellen vor Fahrtantritt aber auch ein Streckenticket erworben werden. Der Mauttarif selbst ist nach Achszahl und drei Umweltklassen eines Lkws aufgebaut. Die Erlöse sollen den steigenden Kosten für Instandhaltung und Ausbau des Straßennetzes zugutekommen. **FG**

BioKistl: Gemüse frisch ins Haus

Jetzt ist Erntezeit auf den heimischen Feldern! Wer einfach zu frischem Biogemüse kommen will, kann das passende Kistl auswählen, bestellen und wird einmal wöchentlich frisch ins Haus geliefert. Biokistl-AnbieterInnen: www.umweltberatung.at/ernaehrung

INTERVIEW MIT HELMUT HABERSACK NACH DER FLUT IST VOR DER FLUT

Die heurigen Überschwemmungen riefen vielerorts Erinnerungen an die Flutkatastrophe 2002 zurück. Selbst wenn die Folgen insgesamt dieses Mal etwas weniger verheerend ausfielen, so drängen sich Fragen nach gezogenen Lehren und ungelösten Problemen auf.

Hochwasserschutz 2013 im Vergleich zu 2002: Gibt es Verbesserungen?

Habersack: Ja, deutliche. 2007 wurde die EU-Hochwasserrichtlinie verabschiedet und 2011 ins österreichische Wasserrecht übernommen. Dort sind u.a. nun auch seltene dreihundertjährige Ereignisse verankert. Das bedeutet: Dämme müssen auch für den Überlastfall geplant und damit Überströmstrecken vorgesehen werden, um unkontrollierte Überströmungen der Erddämme hintanzuhalten.

Wieso wird noch immer in Gefahrenzonen gebaut?

Habersack: Die Festlegung von Gefahrenzonen ist leider nicht rechtsverbindlich und stellt „lediglich“ ein Gutachten dar. Wenn klare Regelungen im Raumordnungsgesetz des jeweiligen Bundeslandes fehlen, kann es daher vorkommen, dass dort noch immer gebaut wird.

Wie kann hier der Gesetzgeber tätig werden?

Habersack: Im Wasserrichtsgesetz sollte ein Bauverbot im hundertjährigen Abflussgebiet verankert werden, wie dies schon in Deutschland gehandhabt wird. Natürlich mit entsprechenden Ausnahmen.

Sind Extremhochwasser ein natürliches Phänomen oder Folgen des Klimawandels?

Habersack: Grundsätzlich sind sie ein natürliches Phänomen, die Folgen des Klimawandels lassen sich statistisch gesehen in Häufungen oder Erhöhungen der Intensitäten (noch) nicht nachweisen. Andererseits kann eine wärmere Atmosphäre mehr Wasser aufnehmen, womit eine Änderung des Niederschlags einhergehen kann. Oder auch, dass Regen statt Schnee in bestimmten Höhen fällt und sich der Prozess damit ändert. Der Klimawandel ist aus meiner Sicht eine langfristige Entwicklung.



* Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Helmut Habersack ist Leiter des Instituts für Wasserwirtschaft, Hydrologie und konstruktiven Wasserbau an der Universität für Bodenkultur Wien.

Das Urteil der BahnfahrerInnen ist klar: Wir haben pünktliche, sichere und saubere Züge, die mit der Region gut verknüpft sind. Das muss, geht es nach den Wünschen der EU-Kommission, geändert werden. Mittel dafür ist das 4. Eisenbahnpaket, ein klassischer „Trojaner“ mit dem eigentlichen Ziel, Volksvermögen ungestraft verschleudern zu dürfen. **VON GREGOR LAHOUNIK***

4. EU-Eisenbahnpaket: Liberalisierungswahn



ZUSAMMENFASSUNG:

Liberalisierung macht die Bahnen nicht besser. Weder sind die Kunden zufriedener, noch gibt es eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße zur ökologischen und sicheren Schiene. Von den angekündigten Einsparungen bleiben oft nur Mehrkosten und Zueinstellungen übrig. Es geht letztlich nämlich nicht um Verkehrspolitik, sondern um Verteilungspolitik – bei der EU-Kommission wieder einmal von unten nach oben.

Obwohl sie bis heute den Beweis ihres Erfolges schuldig bleibt, strebt die Europäische Kommission (EK) im mittlerweile vierten Eisenbahnpaket die weitere Liberalisierung des Eisenbahnsektors an. Geplant ist die zwangsweise Ausschreibung von jeglichem öffentlich finanziertem Schienenpersonenverkehr, unabhängig davon, ob das derzeitige Angebot funktioniert oder nicht und unabhängig davon, ob die KundInnen zufrieden sind oder nicht. Betroffen davon sind beispielsweise Schnellbahnsysteme (Wien, Graz, Salzburg) und Regionalbahnsysteme (Badner Bahn, Salzburger Lokalbahn), nicht allerdings rein innerstädtische Bahnen (Straßenbahnen, U-Bahnen).

EU-PLÄNE

Die bisherige Wahlfreiheit zwischen Direktvergabe und Ausschreibung soll den Behör-

den genommen und ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen Behörden bzw. Verbänden mit Eisenbahnunternehmen kann nicht mehr fortgesetzt werden. Daneben ist vorgesehen, den nationalen Personenverkehr auch dort zu liberalisieren, wo keine Vergaben oder Ausschreibungen stattfinden. Ziel ist, dass jedes konzessionierte Eisenbahnverkehrsunternehmen überall und zu jeder Zeit Trassen beantragen und Verkehrsleistungen erbringen kann. Der wichtige Vorteil ist, so die EK, dass ein in Rumänien konzessioniertes Eisenbahnverkehrsunternehmen mit einer griechischen Sicherheitsbescheinigung künftig mit bulgarischen LokführerInnen und ungarischen ZugbegleiterInnen den Regionalverkehr zwischen Wien und Wiener Neustadt, Klagenfurt und Villach, Wien und Bratislava abwickeln kann. Diese Maß-

nahme würde das bestehende System vereinfachen, die Reibungsverluste optimieren und für die Kunden – quasi automatisch – ein maßgeschneidertes, billigeres und besseres Angebot bringen. Nicht geregelt werden die künftigen harmonisierten Rahmenbedingungen für den Wettbewerb: Der angekündigte Schutz des gemeinwirtschaftlichen Verkehrs bleibt letztlich zahnlos, wichtige Sicherheitsbestimmungen (Wartungsintervalle, Mindestkontrollen, angestrebtes Sicherheitsniveau) werden nicht oder nur nebulos formuliert.

SCHON BISHER: TEUER UND WIRKUNGSLOS

„Konzessionsentzug wegen fürchterlichem Angebot“, „Zwangsverstaatlichung aufgrund horrender Unfallzahlen“, „teuerste Bahnen Europas“ sind nicht gerade Schlagzeilen eines gelungenen Projektes. Sie stammen aus Großbritannien.

* DI Gregor Lahounik ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Gewinner I

Steigerung des Personalaufwandes trotz weniger Personal? So geschehen in Frankfurt/Main im Zuge der Liberalisierung. Freilich hat sich die Gehaltsstruktur hin zum Management verschoben. Vernichtung von Existenzen bringt einfach fette Gewinne für die ManagerInnen.





Endstation für öffentliche Bahnen?

Gemeinsam mit Schweden sind die Briten die Pioniere der Liberalisierung in Europa. Beide Länder zeigen eines deutlich: Die anfangs gemachten Versprechungen der Marktöffner, wie die Qualitätssteigerung bei gleichzeitiger Reduktion der Ticket- und der Gesamtkosten, sind nicht eingetreten, die bisherigen Liberalisierungen sind offenkundig sowohl finanziell als auch verkehrspolitisch gescheitert.

Bereits 2004, nur wenige Jahre nach der Liberalisierung war klar, dass der britische Weg ein Irrweg war: Enorm gestiegenen Subventionen standen nur mäßige Erfolge gegenüber. Die zusätzlichen Mittel (von 1.600 Millionen Pfund in den 1990ern auf nicht weniger als 3.800 Millionen Pfund nach der Liberalisierung) flossen, so die National Union of Rail, Maritime and Transport Workers, direkt in die Taschen der Aktionäre und wurden so dem System entzogen. Im Grunde

wurde schon damals viel mehr Steuergeld für eine höhere, aber letztendlich unbeständigere Anzahl von Zügen ausgegeben, die zwar neuer, aber weniger pünktlich sind. Die Studie „Realising the Potential of GB Rail“ kommt zum Schluss, dass es gegenüber anderen Bahnen zu einer Effizienzsteigerung von 40 Prozent kommen muss. Die Briten zahlen zudem die teuersten Tickets in ganz Europa. Berechnungen von Just Economics zufolge würden sich die britischen Bahnreisenden 5,3 Milliarden Euro pro Jahr sparen, wenn die Ticketpreise auf dem gleichen Niveau wären wie in Frankreich. Selbst der Infrastrukturbetreiber Network Rail ließ, wie die BBC im November 2009 berichtete, seine Beschäftigten lieber mit dem Bus fahren, da die Bahntickets schlicht zu teuer sind. Jährlich werden mehrere Millionen (!) Tarife definiert, vom Verkehrsministerium überprüft und den

weiter auf Seite 12 →

Gewinner II

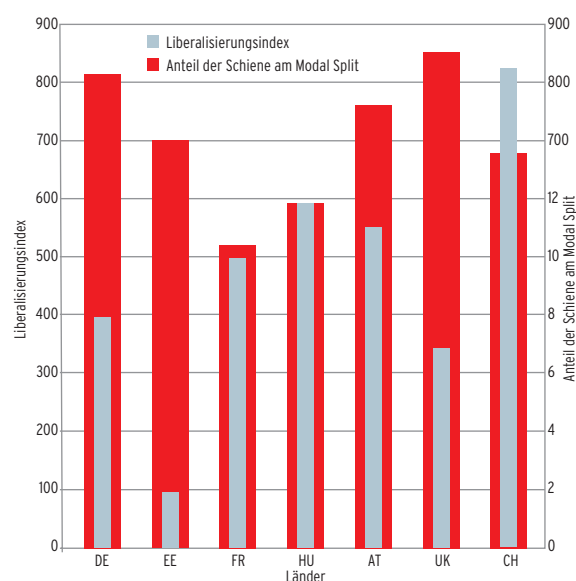
Die erfolgreichsten und beliebtesten Bahnen in Europa, jene der Schweiz, sind selbstverständlich nicht liberalisiert. Niemand käme in der Schweiz auf die Idee, die Win-Win-Situation für öffentliche Hand, Eisenbahnunternehmen und Fahrgäste durch aberwitzige Liberalisierungen zu gefährden.

MODAL SPLIT

LIBERALISIERUNGSSCHWINDEL

Der Anteil der ökologischen Bahnen am Gesamtverkehrsaufkommen ist von dessen Liberalisierungsgrad schlicht unabhängig. Gleiches gilt für die Entwicklung des Fahrgastaufkommens innerhalb der letzten Jahre. Stark liberalisierte Länder können zwischen 2008 und 2011 Zugewinne bei den Reisenden auf der Schiene verzeichnen, aber auch weniger stark liberalisierte Länder haben Zugewinne. Im Rahmen einer Studie (Liberalisierungsindex) wurden Länder analysiert und in Kategorien eingeteilt, die den Liberalisierungsgrad (von 0-1000) in verschiedenen Bereichen (Marktzugang, rechtliche Möglichkeiten) widerspiegeln sollen. Frankreich (23. Platz beim Liberalisierungsgrad) hat einen höheren Zugewinn (+3%) als Deutschland (3. Platz und +1%). Ebenso hat Frankreich einen höheren

Anteil der Schiene am Modal Split als Deutschland. Einzelne stark liberalisierte Länder, wie die Tschechische Republik, weisen sogar einen Rückgang auf. Die beste Performance hat die Bahn in der Schweiz, ein Land dessen Schienenverkehr auf Kooperation und nicht auf Wettbewerb ausgelegt ist. Ein ähnliches Bild vermittelt der liberalisierte Güterverkehr: Auch hier entwickeln sich die Bahnen unabhängig vom Liberalisierungsgrad. Der tatsächliche Schlüssel für eine Attraktivierung der Bahnen liegt nicht in der Liberalisierung, sondern in der Kostenwahrheit bei allen Verkehrsträgern (der Kostendeckungsgrad des Straßenverkehrs liegt bei bloß einem Drittel), in Investitionen (v.a. in den Nah- und Regionalverkehr) und in der Raumordnung, die derzeit rein auf die Straße ausgelegt ist.



PassagierInnen zum Kauf angeboten. Die meisten dieser Tarife werden jedoch nie benutzt, da die fragmentierte Struktur dazu führt, dass übergreifende Verkehrsdienstleistungen (also Verkehre über mehrere Unternehmen hinweg) nicht nachgefragt werden und Reisen mit mehreren AnbieterInnen individuell geplant werden. Für Bahnreisende ist das komplexe Preissystem nur schwer zu durchblicken.

Gleichermaßen wurden in Schweden die Erwartungen nicht erfüllt. Wie aktuelle Untersuchungen zeigen, war das schwedische Modell aus wirtschaftlicher Sicht nur kurzfristig erfolgreich. Eines der zentralen Ziele der Liberalisierung, die Senkung der Kosten, konnte nicht erreicht werden. Im Gegenteil sind der Subventionsbedarf durch die öffentliche Hand und die Ticketpreise signifikant gestiegen. Auch die schwedischen SteuerzahlerInnen müssen sowohl für den liberalisierten Bahnsektor als

auch für die Fahrkarten weit mehr zahlen als zu Zeiten der staatlichen Bahn.

Verkehrspolitische Auswirkungen von Liberalisierungen sind klar. Es profitiert eine minimale Kundengruppe, die zu meist schon bestens versorgt ist. Einzelne Firmen, die Punkt zu Punkt Verkehre bestellen, etwa bei Güterverkehren zwischen Häfen und großen Agglomerationen oder Verkehre zwischen Großbetrieben und den Rohstoffzentren, haben zweifellos durch den Preisdruck noch mehr profitiert. Gleiches ist im Personenverkehr festzustellen. Gut versorgte Strecken (wie die Westbahn) werden heiß umkämpft, der bisherige Ausgleich von den Magistralen zum Regioverkehr wird verhindert. Folge ist, neben einem enormen Personalabbau und Sozialdumping, Schließung von Verteilzentren, nicht Bedienen von Anschlussbahnen, Einstellen der Verkehre auf Strecken (Graz-Linz, Graz-Salzburg), Einstellen des Einzelwagenla-

dungsverkehrs usw. Schwierig handhabbare Verkehre, wie jene mit viel Verschub- oder Umladetätigkeiten, werden minimiert, die Flächenversorgung wird dem volkswirtschaftlich ineffizienten Straßenverkehr mit einem Kostendeckungsgrad von nur 30 Prozent kampfflos überlassen.

VIEL GELD FÜR WENIGE PROFITEURE

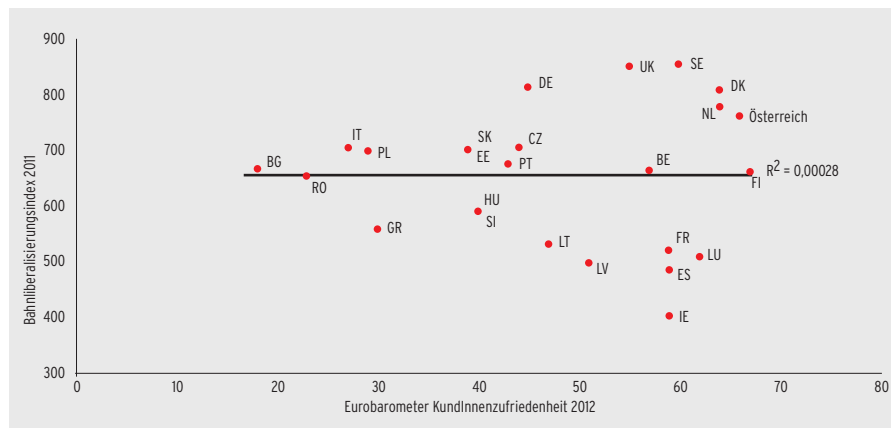
Augenscheinlichste Änderung eines frisch liberalisierten Marktes, sind steigende Aktienkurse all jener Unternehmen, die neu zum Zug kommen. Für steigende Kurse bei den neuen und einen dramatischen Einbruch bei den alten Unternehmen hat die EK auch gut vorgesorgt. Geht es nach ihr, werden die derzeitigen (staatlichen) Unternehmen, die jedenfalls in vielen Ländern ein hervorragendes Angebot liefern, sogar zwangsweise zurückgedrängt. Schließlich werden bei Ausschreibungen

maximale Marktanteile (etwa ein Drittel) für Bahnen innerhalb eines Mitgliedsstaates definiert. Angesichts der derzeitigen Anteile der staatlichen Bahnen von meist jenseits der 80% ist das vorteilhaft für private Investoren, schließlich muss automatisch etwas vom zu verteilenden Kuchen übrig bleiben: Ein sicheres Geschäft für jeden Investor. Allen voran werden diese Investoren, wie seinerzeit in Großbritannien, die Großbanken sein. Diesen ist aber nicht einmal zumutbar, das Risiko für geeignetes Rollmaterial (Lokomotiven, Waggons usw.) zu übernehmen. Dieses Risiko hat daher laut EK die öffentliche Hand zu tragen und das gleich in zweierlei Hinsicht. Einerseits werden die Staatsbahnen enteignet. Ihr Rollmaterial muss bei einem Ausschreibungsverlust verkauft werden. Andererseits wird der öffentlichen Hand das Restwertisiko des Rollmaterials im selben Atemzug wieder zurück übertragen. So werden den „armen“ privaten Großinvestoren deren Betriebsmittel völlig risikofrei und günstig zur Verfügung gestellt.

KUNDENZUFRIEDENHEIT

GUTES ZEUGNIS AUCH OHNE LIBERALISIERUNG

Die Eurobarometer-Untersuchung 2011 zeigt klar, dass der Zufriedenheitsgrad der BahnbenützerInnen völlig unabhängig vom Liberalisierungsgrad des Bahnsystems des jeweiligen Landes ist. Auch die Standardabweichung (R^2) bestätigt dies. Österreich liegt bei allen erhobenen Kriterien immer zumindest im guten Mittelfeld oder im oberen Drittel. Auch die nationalen Umfragen stellen den Schienenverkehrsleistungen gute Zeugnisse aus. Das zu ändern hat sich die EU-Kommission trotzdem zum Ziel gesetzt.



KLASSISCHE ABZOCKE

Alles in Allem eine klassische Abzocke. Die öffentliche Hand muss das funktionierende System des öffentlichen Verkehrs vernichten, ihre eigenen Unternehmen – die ein hervorragendes Angebot liefern – zerschlagen, Großinvestoren (wie Banken, Versicherungen usw.) das Betriebsvermögen zur Verfügung stellen und jegliche Steuerungsmöglichkeit über die Bahn als Element der Daseinsvorsorge aufgeben. Selten stand das „K“ der „EK“ so offensichtlich für „Kapital.“ □

SCHWERPUNKT

WAS KOSTET DIE UMWELT?

Mit Umweltgütern nachhaltig umzugehen ist lebenswichtig. Die Monetarisierung von Umweltgütern jedoch, die Betrachtung der Umwelt bloß als Ware, führt zum Ausverkauf der Umwelt statt zu deren Erhalt.



Verwertung

Seite 14

Vermarktung

Seite 18

Verarmung

Seite 21

Die Menschen wollen eine intakte Umwelt, das Kapital sucht neue Anlagemöglichkeiten. Der Neoliberalismus betrachtet die Umwelt als frei handelbare Ware und staatliche Eingriffe als Hindernis. Ob das der Umwelt hilft, hinterfragt Christoph Streissler.

Umweltwirtschaft bedeutet nicht automatisch Umweltschutz. Green Economy vermarktet vor allem die wirtschaftliche Seite hinter dem grünen Mantel. Ökologische Aspekte kommen zu kurz, soziale Fragen werden gänzlich ausgeklammert, stellt Sven Hergovich fest.

Kann man den Wert von Biodiversität in feste Zahlen fassen? Lukas Strahlhofer arbeitet heraus, dass durch die Monetarisierung der Umwelt der weltweite Naturschutz an einem Scheideweg steht und kein Mittel gegen den Verlust von Natur und Artenvielfalt ist.

Um die Umwelt ist es nicht so gut bestellt, und Kapital sucht neue Anlagemöglichkeiten. Was liegt näher, als die Umwelt für Investitionen zu öffnen? Das funktioniert umso besser, je weniger der Staat sich dabei einmischt. Soweit das neoliberale Credo. Wie weit ist diese Vorstellung in der Politik mittlerweile etabliert? Und: Kann das funktionieren? **VON CHRISTOPH STREISSLER***

Die Umwelt, lieb und wert



ZUSAMMENFASSUNG:

Die neoliberale Theorie sieht in Umweltproblemen den Ausdruck einer mangelhaften Festlegung von Preisen für die Nutzung oder Belastung der Umwelt. Ihre Lösung: weniger staatliche Eingriffe und Privatisierung der Nutzungsrechte. Doch ein derartiges Konzept stößt bei etwas komplexeren Konstellationen von Verursacher und Geschädigtem sehr schnell an seine Grenzen.

*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

In Chile fällt nicht viel Regen. Um dort Landwirtschaft zu betreiben, braucht es Bewässerung. Im Jahr 1981 erließ die chilenische Regierung ein Gesetz, das das Verfügungsrecht über das Grundwasser vom Grundeigentum loslöste. Damit war es erstmals möglich, das Recht zur Nutzung von Wasser zu kaufen, ohne gleichzeitig das Eigentum am Grund zu erwerben. Mit diesem Gesetz wurde auch die Aufsicht über die Wassernutzung durch den Staat zurückgenommen. Zwei wesentliche Argumente wurden für diese Neuordnung des Eigentums am Wasser ins Treffen geführt. Zum einen seien auf diese Weise die Rechte am Grundwasser klarer geregelt als zuvor; das Ende der rechtlichen Unsicherheit würde die Bereitschaft zur Investition in Bewässerungsanlagen erhöhen. Zum anderen würde Wasser auf diese Weise so gewinnbringend wie möglich genutzt, da nun diejenigen den höchsten Preis dafür zahlen würden, die mit dem Wasser auch den höchsten Nutzen erwirtschaften könnten.

In den Jahren 1996/1997, während einer schweren Dürre in Chile, zeigten sich die Effekte dieser Neuordnung: Kleinbauern hatten nicht mehr genug Wasser zur Bewässerung der Felder, während das mittlerweile privatisierte Energieversorgungsunternehmen ENDESA weiterhin Wasser für seine Kraftwerke zur Verfügung hatte. Ja – das Wasser

wurde damit gewinnbringender eingesetzt als wenn es für die Bewässerung der Felder gedient hätte. Doch von diesem Gewinn hatten die Kleinbauern nichts, denn es waren Gewinne für die Eigentümer der ENDESA. Dass das Gesetz von 1981 von den Kleinbauern als ungerecht empfunden wird, ist verständlich.

Chile war, besonders nach dem Militärputsch von Augusto Pinochet gegen Salvador Allende im Jahr 1973, ein politisches Labor für die neoliberalen Ideen der „Chicago Boys“, von Wirtschaftspolitikern der ökonomischen Schule um Milton Friedman von der Universität Chicago. Sie sprachen sich dafür aus, wirtschaftliche Entscheidungen weitgehend den Kräften des Marktes zu überlassen, und wollten staatliche regulierende Eingriffe weitgehend zurückdrängen. Das Gesetz zur Schaffung von handelbaren Rechten am Grundwasser ist ein Paradebeispiel für diese Denkweise.

UMWELT ALS WARE?

Die Nutzung des Grundwassers wird in diesem Fall zu einer Ware, die gehandelt werden kann. Im Englischen werden Waren „commodity“ genannt; davon leitet sich der Begriff „Kommodifizierung“ ab, der einen Vorgang bezeichnet, bei dem ein Gut zu einer Ware gemacht wird.

weiter auf Seite 16 →



Umweltschutz als Ware: Kann die Privatisierung von Nutzungsrechten die Umwelt vor Zerstörung retten?

SOZIALE KOSTEN

INTERNALISIERUNG EXTERNER KOSTEN

Ronald Coase, ein britisch-amerikanischer Nationalökonom und Träger des Ökonomie-Nobelpreises, veröffentlichte 1960 eine Untersuchung mit dem Titel „The Problem of Social Cost“ („Das Problem sozialer Kosten“). Darin untersucht er verschiedene Rechtsstreite, bei denen es zumeist um Duldung oder Unterlassung von Störungen zwischen NachbarInnen geht. Er zeigt, dass der Schädiger und der Geschädigte jedenfalls eine Lösung aushandeln können, bei welcher der eine dem anderen für die Unterlassung oder für die Duldung eine bestimmte Abschlagszahlung leistet. Das Überraschende an dieser Untersuchung ist nicht so sehr, dass es eine „marktförmige“ Lösung nahe legt, sondern, dass diese Lösung unabhängig davon, ob der Schädiger oder der Geschädigte vor Gericht Recht bekommen, eine optimale Ressourcenallokation (Zuordnung und Verteilung knapper Ressourcen) sicherstellt. Beispielsweise sollte auf Anordnung des Gerichts ein Konditor den Betrieb einer

Maschine einstellen, da ein benachbarter Arzt auf Unterlassung geklagt hatte, da er nicht ordnen konnte, während die Maschine lief. Coase zeigt, dass unabhängig von der Entscheidung des Gerichts der Arzt und der Konditor sich auf eine Zahlung einigen können: Wenn der Verlust des Konditors infolge des Stillstands der Maschine größer ist als der Verlust des Arztes infolge eingeschränkter Ordinationszeiten, zahlt der Konditor dem Arzt etwas mehr als dessen Verlust und betreibt die Maschine weiter. Dies stellt den Arzt besser als das Gerichtsurteil es tat. Diese Erkenntnis wurde vom neoliberalen Ökonomen George Stigler – wie Coase ein Nobelpreisträger der Ökonomie – aufgegriffen und der umsichtigen Auflistung der Voraussetzungen, unter denen das Resultat gilt, entkleidet. Dann zog er es als Begründung heran, weshalb das Problem externer Kosten

(die Coase eben „soziale Kosten“ nennt) am effektivsten durch den Markt gelöst werden könne. In dieser popularisierten Form wurde die Arbeit von Coase als „Coase-Theorem“ bekannt. Heutzutage ist die „Internalisierung der externen Kosten“ als Rezept gegen



Umweltschäden derart geläufig, dass es schon einer gewissen Anstrengung bedarf, in anderen Bahnen zu denken. So überrascht es nicht, dass auch viele UmweltschützerInnen hoffen, in einer Welt, die nur „ökonomisch“ spricht, ihr Anliegen vermitteln zu können, wenn sie über die Umwelt und die Leistungen von Ökosystemen in Geldeinheiten sprechen. Vielleicht ist es in dieser Situation angebracht, Coase selbst zu zitieren, der gegen Ende des erwähnten Artikels schreibt, dass Probleme der Wohlfahrtsökonomie schlussendlich in einer Untersuchung von Ästhetik und Moral aufgehen.

SCHWERPUNKT

WARE UMWELT

→ Diese Kommodifizierung wird – besonders seit den späten 1980er Jahren – als mögliche Lösung von Umweltproblemen genannt.

Die neoklassische Theorie ist der Auffassung, dass Umweltschäden daraus entstehen, dass den Schutzgütern ein adäquater Preis fehlt. Müsste ein Schädiger einen angemessenen Preis für die Inanspruchnahme von Boden, Wasser oder Luft etc. zahlen, so würde er die Schädigung unterlassen. Beispiel: Eine Zementanlage verschmutzt die Luft durch Staub, der Betreiber muss aber dafür nichts bezahlen. Müsste der Anlagenbetreiber für die Emission Geld entrichten, so wäre dies – bei ausreichend hohem Preis – ein Anreiz, stattdessen einen Filter einzubauen. Eine „Bepreisung“ der sauberen Luft würde daher den Inhaber des Zementofens dazu bringen, die Staubemissionen zu reduzieren, soweit die Kosten der Emissionsreduktion geringer sind als der Preis, den er für die Verschmutzung zu zahlen hätte. Diese Zahlung für die saubere Luft könnte die Form einer Steuer für die Emission haben. Sie könnte aber auch darin bestehen, dass die Geschädigten – beispielsweise die (hypothetische) benachbarte Lungenheilstätte – vom Inhaber der Anlage Schadenersatz fordert. Wie der Preis für die Verschmutzung entsteht, ist also unerheblich.

WAS KOSTET DIE UMWELT?

Dieser Vorgang wird von Ökonomen als „Internalisierung der Kosten“ bezeichnet. Statt die Kosten der Umweltbelastung – genauer: die Kosten für Schäden infolge der Umweltbelastung – anderen, Außenstehenden (Externen) aufzubürden, hat der Verursacher selbst diese Kosten zu tragen. Die Kosten treten damit im Inneren des Betriebs auf, sie sind „internalisiert“.

Ein weiteres Beispiel ist die „Bepreisung“ des Ausstoßes von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) im EU-Emissionshandel. Im Wesentlichen sind große europäischen Emittenten von CO₂ – kalorische Kraftwerke, Hochöfen, Raffinerien, etc. – dazu verpflichtet, für ihren Ausstoß an CO₂ einen gewissen Preis zu zahlen, indem sie jedes Jahr eine ihren Emissionen entsprechende Zahl an Zertifikaten an den Staat abgeben. Solche Zertifikate und damit das Recht, Treibhausgase auszustoßen, sind frei handelbar – sie sind eine Handelsware. Damit ist das unbelastete Klima „kommodifiziert“ worden.

Ein Bereich, in dem die Kommodifizierung der Umwelt – gewissermaßen das Anheften eines Preisschildes – gerade besonders vorangetrieben wird, ist der Schutz der Biodiversität. Diese Aktivitäten – und die Kritik daran – werden im Artikel ab Seite 21 eingehend dargestellt, beispielsweise die Initiative TEEB (The Economics of Ecosystems and Biodiversity), die unter der Patronanz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) steht.

Auch die Weltbank ist hier nicht untätig und hat die sogenannte WAVES-Partnerschaft ins Leben gerufen. WAVES steht für „Wealth Accounting and Valuation of Ecosystem Services“, etwa „Wohlbilanzierung und Bewertung von Ökosystemleistungen“, und hat zum Ziel, eine nachhaltige Entwicklung dadurch zu fördern, dass der natürliche Kapitalstock in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgenommen wird.

Als Beispiel für derartige Überlegungen möge das folgende, von WAVES veröffentlichte Ergebnis dienen: Es geht um den Wert von einem Hektar Mangroven an der Küste Thailands. Werden die Mangroven durch Shrimp-Farmen ersetzt, so können jährlich 10.949 Dollar erzielt werden, viel mehr als die 955 Dollar, die der Verkauf von Holz und anderen Produkten aus den Mangroven bringt, wenn diese erhalten werden. Wenn aber die Funktion der Mangroven

IN DER GEISELHAFT DER WIRTSCHAFT

„[...] Die Beherrschung des Wirtschaftssystems durch den Markt [...] bedeutet nicht weniger als die Behandlung der Gesellschaft als Anhängsel des Marktes. Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“ Karl Polanyi: „The Great Transformation“, 1944

als Schutz vor den Auswirkungen eines Tsunamis auch in die Rechnung eingeht, so steigt ihr Wert auf 18.641 Dollar. Die Proponenten von WAVES schließen daraus, dass es ökonomisch sinnvoller ist, die Mangroven nicht zu roden, damit ihre Schutzfunktion erhalten bleibt.

PROBLEME

Rechnerisch mag das stimmen. Doch damit die Mangroven tatsächlich erhalten bleiben, müssen diejenigen, die von der Schutzfunktion der Mangroven profitieren, in die Entscheidung eingebunden sind. Wenn sie ähnlich durchsetzungsstark wie die GegnerInnen sind, können sie diejenigen, die über die Form der Nutzung der Mangroven entscheiden, dazu bringen, ihre Interessen zu berücksichtigen – beispielsweise, indem sie ihnen den Nutzungsentgang abgelten. Das erfordert aber starke Institutionen und unabhängige Gerichte, die über die Einhaltung der Verträge wachen. Es ist vielfach nachgewiesen, dass ärmere Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber reicheren benachteiligt sind. Weiters muss der ursächliche Zusammenhang zwischen der Tätigkeit des einen und dem Schaden für den anderen stets klar nachweisbar sein. Küstennahe BewohnerInnen werden nur dann für die Erhaltung der Mangroven zu zahlen bereit sein, wenn sie sicher sein können, dass sie dadurch tatsächlich besser geschützt sind. Doch wer könnte ihnen das garantieren?

Darüber hinaus können in diesem Denkmuster die Interessen von zukünftigen Generationen nicht berücksich-

Freier Markt

Tony Smith: The Case Against Free Market Environmentalism. Journal of Agricultural and Environmental Ethics 8 (1995): 126-144. Eine systematische Widerlegung der Argumente der Befürworter. <http://philpapers.org/rec/SMITCA-3>

Umweltwerte

Clive Spash: How Much is that Ecosystem in the Window? Environmental Values 17 (2008): 259-284. Ein wortgewaltiger Gegner der Ökonomisierung von Umweltproblemen, lehrt derzeit in Wien. <http://dx.doi.org/10.3197/096327108X303882>

Politische Ökologie

Eine Forschungsrichtung, die Umweltprobleme nicht als Resultat falscher Bewirtschaftung sieht, sondern ihre sozialen Ursachen in den Blick nimmt. So auch die gleichnamige Zeitschrift. www.politische-oekologie.de

WARE UMWELT WENIG KÄUFER

Im Jahr 2007 schlug Rafael Correa, Präsident von Ecuador, der Generalversammlung der Vereinten Nationen vor, dass Ecuador ein Erdölvorkommen nicht fördern würde, wenn die Staaten der Welt bereit wären, eine gewisse Entschädigung für den entgangenen Gewinn zu zahlen. Dieses Erdölvorkommen liegt im Yasuní-Nationalpark, einer weitgehend unberührten Region mit einer großen Zahl seltener Tier- und Pflanzenarten. Neben dem Schutz der Biodiversität und der Vermeidung von CO₂-Emissionen bliebe auch das Siedlungsgebiet zweier indigener Stämme unversehrt. Es gibt Unterstützung für den Vorschlag – unter anderem von Filmstars und ehemaligen Politikern –, aber auch Kritik. Mit dem markigen Slogan „Kein Geld fürs Nichtstun“ sperrt sich der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel gegen Zahlungen in den Fonds. Umgekehrt fürchten Umweltorganisationen, dass Regenwälder, für die es kein ähnliches Programm gibt, nachher noch schlechter geschützt sind. Die bislang nur spärlichen Zusagen an finanziellen Mitteln durch andere Staaten lassen die Zukunft des Vorschlags unsicher aussehen. Jedenfalls illustriert das Vorhaben vor allem die Grenzen des marktwirtschaftlichen Ansatzes.



” GIFT FÜR DIE UMWELT: DIE KOMMODIFIZIERUNG VON UMWELTGÜTERN LÄSST ETHISCHE UND MORALISCHE ASPEKTE VÖLLIG AUSSER ACHT.

tigt werden, da diese im Jetzt keine Verhandlungsmacht besitzen. Daher sind Lösungen von Umweltproblemen durch Schaffung von Eigentumsansprüchen oder Umwandlung von Umweltleistungen in handelbare Waren blind für die Zukunft.

Zusätzliche Probleme kommen dann hinzu, wenn die Zahl der Schädiger groß ist und eine Schädigung oder Emission ohne Sanktion möglich ist, aber genauso, wenn manche von denen, die von einer unbeeinträchtigten Umwelt profitieren, nicht ihren Anteil an den Kosten tragen. Derartige „TrittbrettfahrerInnen“ können nur durch eine engmaschige Kontrolle in das System einbezogen werden, die wiederum exzessiv viel Geld kosten kann.

Wird das Konzept der Kommodifizierung von Umweltgütern auf Leben und Gesundheit des Menschen übertragen, wird deutlich, wie vollständig

es ethische Aspekte außer Acht lässt. Wenn beispielsweise Gesundheit zu einem handelbaren Gut wird, kann der Verkauf der eigenen Gesundheit für einen Arbeitsplatz eine vernünftige Option sein. Dass dies faktisch in manchen Branchen oder in manchen Ländern der Fall ist, stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Ein wesentliches Merkmal der Menschenrechte ist ihre ausdrückliche Unveräußerlichkeit. Hier ist durch die Formulierung in der Erklärung der Menschenrechte der Kommodifizierung ein Riegel vorge-schoben worden.

Eine vergleichbare Formulierung gibt es bei Umweltgütern nicht. Man kann die Frage, ob der ökonomische Wert der Eisbären ihren Schutz rechtfertigt, Bankangestellten überlassen. Doch darf man sich dann nicht wundern, wenn ethische Überlegungen in die Erwägung nicht eingehen. □

Ausverkauf

Wolfgang Lauber (Hg.): Ausverkauf des Staates? AK Wien, Informationen zur Umweltpolitik Nr. 155 (2003). Die Strategien und Folgen der Privatisierung öffentlicher Leistungen.
www.arbeiterkammer.at

Soziale Kosten

Ronald Coase: The Problem of Social Cost. Journal of Law and Economics 3 (1): 1–44 – gleichzeitig präzise und gewandt. <http://heinonline.org/HOL/LandingPage?collection=journals&handle=hein.journals/jlecono3&div=2&id=&page=>

Ziemlich genau vor einem Jahr fand die Weltumweltkonferenz Rio+20 statt, bei der die Green Economy das Hauptthema war. Dabei dient die Green Economy als theoretisches Konzept hinter der Monetarisierung der Umwelt. Zeit, nicht nur die Monetarisierung selbst, sondern auch das dahinter liegende Konzept der Green Economy näher zu beleuchten. **VON SVEN HERGOVICH***

Was taugt die Green Economy?



ZUSAMMENFASSUNG:

Die Green Economy ist das theoretische Konzept hinter der Monetarisierung der Umwelt. Dabei wird versucht, ökologische und ökonomische Probleme auszusöhnen. Soziale Fragen werden in diesem Konzept allerdings vollkommen ausgeklammert. Außerdem sind auch die Umwelteffekte der Green Economy fraglich. So kann ein Wachsen der Green Economy eben auch auf mehr Müll, mehr Abfall und mehr Verkehr zurückzuführen sein.

*Mag. Sven Hergovich, Bakk. ist Ökonom und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Die Green Economy ist nicht einheitlich definiert, umfasst aber im weitesten Sinne die Idee, Ökonomie und Ökologie auszusöhnen und betont dabei die Bedeutung der Umweltwirtschaft zur Erreichung von ökologischen als auch von ökonomischen Zielen.

Die Grundidee der Green Economy beruht dabei auf der Überlegung, dass einerseits die Ressourcen und andererseits auch die Kapazität zur Schadstoffaufnahme der Erde begrenzt sind. Daraus wird die Notwendigkeit weitgehender Umweltmaßnahmen abgeleitet, wobei die derzeitigen Umweltprobleme auch als Begründung dafür dienen, dass große Investitionen in technologische Lösungen von Umweltproblemen, die wiederum viele Arbeitsplätze schaffen könnten, notwendig wären.

ERWARTUNGEN

Durch die monetäre Bewertung von Umweltschäden (Internalisierung externer Kosten) sollen diese nicht nur vermieden, oder zumindest reduziert werden, sondern es sollen auch neue Märkte mit lukrativen Anlagemöglichkeiten und neuen Arbeitsplätzen entstehen.

Befasst man sich allerdings näher mit der Green Economy so wird man schnell feststellen, dass sich die hohen Erwartungen an die grüne Wirtschaft weder erfüllen, noch erfüllen können. Außer-

dem stellt man fest, dass die Förderung der Green Economy auch negative Auswirkungen hat, wobei sogar deren Umweltnutzen fraglich ist.

Ein erstes großes Problem des Konzeptes der Green Economy liegt bereits darin, dass diese nicht einheitlich definiert ist und diese Lücke von den verschiedensten Seiten dazu genutzt wird, ihre jeweiligen – oft wenig ökologischen – Interessen als umweltfreundlich und grün zu vermarkten. So sehen sich etwa auch AtomkraftwerksbetreiberInnen und AgrospritproduzentInnen als Teil der wachsenden Green Economy, obwohl deren Umwelteffekte als negativ zu beurteilen sind.

DEFINITIONEN

Werfen wir einen Blick auf konkrete Definitionen, etwa die harmonisierte Eurostatdefinition der Umweltwirtschaft, so offenbaren sich weitere Probleme des Konzeptes. In dieser Definition umfasst die Umweltwirtschaft alle Unternehmen bzw. Unternehmensanteile, deren Hauptzweck im Umweltschutz liegt, wobei dieser über die „technical nature“ des Produktes, oder der entsprechenden Dienstleistung definiert wird. Diese Abgrenzung ist naturgemäß eine eher weiche mit teilweise fließenden Übergängen. So gilt die Pflege von Rasenflächen für Sportzwecke nicht als Teil der Umweltwirtschaft, die Pflege von Naturwie-



Werden im Supermarkt Bioprodukte angeboten, sind dann die Regalschlichter Green-Jobber?

sen aber sehr wohl, wobei im Einzelfall die Entscheidung welcher Wiesentypus vorliegt durchaus schwierig sein kann.

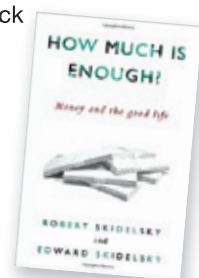
Dabei wird die Größe der Umweltwirtschaft fälschlicherweise leider oft als Indikator für Erfolge im Umweltschutz betrachtet und der Ausbau der grünen Wirtschaft ebenso fälschlicherweise mit ökologischem Fortschritt gleichgesetzt: Steigt der Anteil der Umweltwirtschaft, verbessert sich die Umweltsituation, sinkt der Anteil der Umweltwirtschaft, so verschlechtert sich die Umweltwirtschaft, denken viele. Da weite Teile der Stromversorgung, die gesamte Abfallentsorgung, aber auch Teile der Automobilindustrie (etwa aufgrund der Produktion von Rußpartikelfiltern oder Müllwägen) der Green Economy zugerechnet werden, bedeutet eine wachsende grüne Wirtschaft aber nicht automatisch auch ökologischen Fortschritt. Das Wachsen der Umweltwirtschaft kann auch einfach auf mehr Abfall, einen höheren Energieverbrauch oder mehr Verkehr zurückzu-

führen sein. In der Tat erhöht jeder bzw. jede, der bzw. die den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr vermeidet und stattdessen das Auto benutzt den Anteil der Umweltwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Daher gibt auch unter anderem die Statistik Austria, die den Anteil der Umweltwirtschaft für Österreich erhebt, offen an, dass die Größe der Umweltwirtschaft kein geeigneter Indikator für den Zustand der Umwelt eines Landes ist.

Nun wäre es aber ein Irrtum zu glauben, diese Problematik läge an einer schlechten Definition. Vielmehr ist die Problematik der unklaren Umwelteffekte der Green Economy systemimmanent und muss in jeder Definition der grünen Wirtschaft auftauchen. Die Umweltwirtschaft hat nämlich das selbe Problem, wie das BIP, dessen Teil sie ist. Die Umwelteffekte der Green Economy hängen immer vom Alternativszenario ab, mit dem die Umwelteffekte verglichen werden. Dies kann am besten anhand eines

ZÄHLUNG VON GREEN JOBS I VERBESSERUNG DURCH AK-KRITIK

Die Schätzungen der Anzahl an Green Jobs werden in Österreich von der Statistik Austria nach dem Eurostatkonzept EGSS erhoben. Da diese Erhebungen verhältnismäßig neu und noch nicht alle Details ausdefiniert sind, werden mit der Präsentation der neuen Daten meist auch einige methodische Korrekturen durchgeführt. Dabei wurden bei den diesjährigen Korrekturen wichtige Kritikpunkte der AK umgesetzt. So wurde bislang der Anteil der Green Jobber in der Abfallwirtschaft künstlich niedrig gerechnet, indem alle in der öffentlichen Abfallentsorgung Beschäftigten nicht dem Sektor Abfallbehandlung, sondern dem Sektor öffentlicher Dienst zugerechnet wurden. Dieser Fehler wurde nun weitgehend behoben, was einen ehrlicheren Blick auf die Daten erlaubt.



Geld und Leben

Weiterführende Gedanken liefern R. und E. Skidelsky: How Much is Enough? Money and the Good Life.

JE NACHDEM WAS SICH DAHINTER VERBIRGT,
KANN DIE GREEN ECONOMY GUT ODER SCHLECHT
FÜR DIE UMWELT SEIN.

Mythen

Mit den Mythen der Green Economy befasst sich die deutsche Rosa Luxemburg Stiftung: Schöne grüne Welt. luxemburg argumente Nr. 3, 3. Auflage, März 2013. http://rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_dt_3.pdf

Ausgeblendet

Die soziale Frage wird systematisch aus der Green Economy ausgeblendet. Siehe AK-Studie zu den Arbeitsbedingungen der Green Jobber: http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d180/Informationen_zur_Umweltpolitik_186.pdf



ZÄHLUNG VON GREEN JOBS II

ZENTRALE KRITIKPUNKTE DER AK BLEIBEN

Bislang wurden auch etwa 15.000 Beschäftigte in der Nahrungsmittelweiterverarbeitung (Metzger, Bäcker etc.) als Green Jobber gezählt, etwa weil diese mit Bioprodukten gearbeitet haben. Diese Tätigkeiten werden nun nicht mehr als Green Jobs gezählt. Trotz dieser methodischen Verbesserungen bleiben zentrale Kritikpunkte aber weiterhin unberücksichtigt: Aspekte der Qualität von Arbeit finden keinen Niederschlag im Konzept der Green Jobs und es gibt nach wie vor wenig Bemühungen, Green Jobs auch zu „Good Jobs“ zu machen. Auch der umweltfreundliche öffentliche Verkehr wird weiterhin aus den Green Jobs Erhebungen ausgeklammert.

→ Beispiels verdeutlicht werden: Der Kauf eines umweltfreundlichen Autos ist umweltfreundlicher, als der Kauf eines gewöhnlichen Autos, aber weniger umweltfreundlich als die Verwendung des öffentlichen Verkehrs. Das Recycling von Abfall ist umweltfreundlicher als die Deponierung, aber weniger umweltfreundlich als überhaupt keinen Abfall zu produzieren. Trotzdem erhöht der Kauf eines umweltfreundlichen Autos, wie auch das vermehrte Recycling von Abfall in jedem Fall unabhängig von der jeweiligen Alternative den Anteil der Green Economy. Eine grüne Wirtschaft kann daher logischerweise immer nur der Weg zur Erreichung eines Ziels, z.B. das einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft), aber nie das Ziel einer Gesellschaft selbst sein. Trotzdem

ist natürlich vieles was im Rahmen der Umweltwirtschaft passiert aus ökologischer Sicht sinnvoll.

FRAGLICHE AUSWIRKUNGEN

Neben den fraglichen ökologischen Auswirkungen der grünen Wirtschaft ist ebenso zu kritisieren, dass Verteilungs- und soziale Fragen aus diesem Konzept vollkommen ausgeblendet werden. Daher ist die Green Economy auch nicht nachhaltig, denn das Konzept der Nachhaltigkeit umfasst eben nicht nur ökonomische und ökologische, sondern auch soziale Aspekte.

Dies ist besonders gut zu beobachten, wenn unter dem Namen der Green Economy neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die zwar teilweise helfen die

Umwelt zu schützen, dafür aber oft sehr schlechte Arbeitsbedingungen aufweisen und teilweise so bezahlt sind, dass man davon nicht leben kann. Vollends absurd wird es, wenn unter dem Label der Green Economy Arbeitsplätze mit die Gesundheit gefährdenden Arbeitsbedingungen beworben werden. Erfreulicherweise wurde die AK-Kritik an Green Jobs mittlerweile teilweise umgesetzt (Siehe Kästen Seite 19 und 20).

Die Ausgrenzung von Verteilungsfragen aus dem Konzept der Green Economy ist aber auch deshalb skeptisch zu sehen, weil Umwelt- und Verteilungsfragen in einem sehr engen Zusammenhang stehen. So sind eben auch Umweltbelastungen ungleich verteilt, wobei sozial benachteiligte Personen nicht nur global, sondern auch in Österreich tendenziell stärker von Umweltbelastungen betroffen sind. Dies liegt auch daran, dass sozial benachteiligte Personen oft über weniger Möglichkeiten verfügen, Umweltbelastungen zu vermeiden.

NACHHALTIGKEIT GEFRAGT

Sinnvoller als die Konzentration auf die Green Economy wäre es daher, soziale, ökonomische und ökologische Ziele gleichermaßen zu verfolgen. Denn die einseitige Fokussierung auf einzelne gesellschaftliche Ziele wird immer zu Lasten der unberücksichtigten Ziele, in diesem Fall also sozialer Ziele, gehen. Daher sollte insbesondere Maßnahmen der Vorzug gegeben werden, die sich positiv auf ökonomische, ökologische und soziale Probleme auswirken.

Optionen, dies zu tun, gäbe es viele: Die Forcierung der Wärmedämmung und Investitionen in den öffentlichen Verkehr wären etwa Möglichkeiten, Umweltinvestitionen mit der Schaffung von nachhaltigen und umweltfreundlichen Arbeitsplätzen zu verbinden. Zudem hätten Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ebenso wie verstärkte Umverteilung positive ökonomische, ökologische und soziale Auswirkungen. □

Umweltindikatoren

Der Umweltindikatorenbericht der European Environment Agency (EEA) kann hier heruntergeladen werden: www.eea.europa.eu/publications/environmental-indicator-report-2012OECD
Towards green growth

Umwelteffekte

Die Umweltwirtschaft hat das selbe Probleme, wie das BIP, dessen Teil sie ist: Die Umwelteffekte der Green Economy hängen immer vom Alternativszenario ab, mit dem die Umwelteffekte verglichen werden

Green Economy - Kritik

Der Artikel „Green Economy - the Next Oxymoron?“ von Ulrich Brand setzt sich kritisch mit der Green Economy auseinander: www.ingentaconnect.com/search/article?option2=author&value2=Ulrich+Brand&sortDescending=true&sortField=default&pageSize=10&index=1

In der Vermittlung der Bedeutung von Natur und Artenvielfalt für uns Menschen wie auch in der Entwicklung neuer Strategien gegen den dramatischen Verlust steht der weltweite Naturschutz an einem Scheideweg. Eine der zentralen Fragen dabei lautet: Kann man den Wert biologischer Vielfalt wirklich in feste Zahlen fassen?

VON LUKAS STRAHLHOFER*

Ökonomie und Biodiversität

Eines vorweg - das Thema „Biodiversität“ sprudelt nur so von Komplexität. Dies beginnt schon beim Begriff selbst: Wird anstatt seiner häufig einfach die Bezeichnung „Artenvielfalt“ wohl als leicht verständliche, greifbare Form verwendet, so beschreibt der Begriff in seiner eigentlichen Bedeutung neben der Vielfalt an tierischen und pflanzlichen Arten auch die Vielfalt an Genen (innerhalb einer Art) sowie die Vielfalt an Ökosystemen. Kurzum: Biodiversität beschreibt das auf

der Erde existierende Leben in seiner gesamten Vielfalt – welche jedoch auch einem stetigen natürlichen Wandel unterworfen ist. Nicht weniger komplex wird die Thematik dadurch, dass Biodiversität nicht nur das Ergebnis einer Millionen Jahre währenden Evolution ist, sondern auch schon seit jeher in enger Wechselwirkung mit menschlichen Handlungsformen steht. Viele Folgen unseres Handelns zeigen zudem erst Jahrzehnte später ihre Wirkung auf Ökosysteme.

weiter auf Seite 22 →

ZUSAMMENFASSUNG

Natur und Artenreichtum sind von vielfältiger existentieller, ökonomischer und sozialer Bedeutung für uns Menschen. Populäre Ansätze, Ökosystemleistungen in engen ökonomischen Werten darstellen zu versuchen, scheinen dabei mehr auf neue Geschäftsmöglichkeiten als auf Naturschutz abzielen.



SCHWERPUNKT

WARE UMWELT

→ Die biologische Vielfalt wurde seit Jahrtausenden sowohl durch die menschliche Zivilisation (durch Rodungen, Landwirtschaft, CO₂-Emissionen, Siedlung, etc.) geprägt, ermöglichte umgekehrt diese aber überhaupt auch erst: Neben der Bereitstellung von zahlreichen Gütern wie Trinkwasser, Nahrungsmittel, Energieträger, Kleidungsfasern, Baumaterialien oder medizinischer Wirkstoffe können Ökosysteme und ihre Arten ebenso regulierende Funktionen zugunsten unserer Sicherheit haben. So speichern natürliche Lebensgemeinschaften CO₂, schützen vor Lawinen und Hochwasser, verhindern Erosion und regulieren das Klima. Und selbst wenn wir Ökosysteme nicht direkt in Anspruch nehmen, können diese dennoch ganz wesentlich unsere Existenz unterstützen. Ein Beispiel hierfür sind die tropischen Regenwälder, welche als grüne Lunge für unseren Planeten dienen. Nicht zuletzt zu erwähnen ist auch die soziale und kulturelle Bedeutung der biologischen Vielfalt, die in einer Eigenschaft von uns Menschen selbst begründet liegt: Wir fühlen uns einfach eher an Orte gezogen, an denen eine große Artenvielfalt herrscht. Einfach ausgedrückt – die bunt blühende Almwiese ist uns doch lieber als das eintönige Grün städtischer Parkanlagen.

INTERESSENSFRAGE

Im Bewusstsein dieser außerordentlichen Bedeutung von Ökosystemen und ihrer Arten für uns Menschen sehen viele Wissenschaftler den drastisch zugenommenen Verlust an Biodiversität als mindestens so bedeutende globale Herausforderung wie den Klimawandel. Als die unmittelbar wichtigsten Einflussgrößen auf die globale Zerstörung und Zerstückelung natürlicher Lebensräume werden meist Landnutzungsänderungen, die (intensive) Landwirtschaft, Klimaverände-

rung, Gewässerverschmutzung und Neophyten (eingeschleppte Pflanzenarten, welche die ursprüngliche Vegetation verdrängen) genannt. Da es besonders in von Kulturlandschaft geprägten Ländern wie Österreich kaum ein Ökosystem gibt, das nicht schon seit Jahrhunderten von Menschen beeinflusst wird, existieren jedoch unterschiedliche, oft konkurrierende Biodiversitätsauffassungen. Selbst wenn die Sichtweisen sich übereinstimmend an menschlichen Nutzungsbedürfnissen orientieren, besteht so je nach (egoistischer) Interessenslage nach wie vor Uneinigkeit über die Ziele, die mit der Erhaltung von Biodiversität verfolgt werden sollen.

BIODIVERSITÄTS-KONVENTION

Die Gretchenfrage hierbei lautet daher: Welche biologische Vielfalt soll erhalten werden und woran orientieren sich die Richtwerte für Biodiversität? Dass der Begriff der Biodiversität überhaupt

in der interessierten Öffentlichkeit Verbreitung fand, ist zu einem wesentlichen Teil einem internationalen Vertrag auf der historischen Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 („Rio-Gipfel“) zu verdanken. Damals wurde als Antwort auf die drastisch zunehmende Zerstörung und Zerstückelung natürlicher Lebensräume die sogenannte Biodiversitäts-Konvention (Convention on Biological Diversity, CBD) ausgehandelt. Es ist das erste internationale Abkommen, das den Schutz der biologischen Vielfalt global und umfassend behandelt. Die drei gleichrangigen Ziele der Konvention sind der Schutz der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile, sowie die Zugangsregelung und der gerechte Ausgleich von Vorteilen, welche aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen. Mit 193 Vertragsparteien – darunter 168 Staaten wie Österreich sowie die Europäische Union – ist die

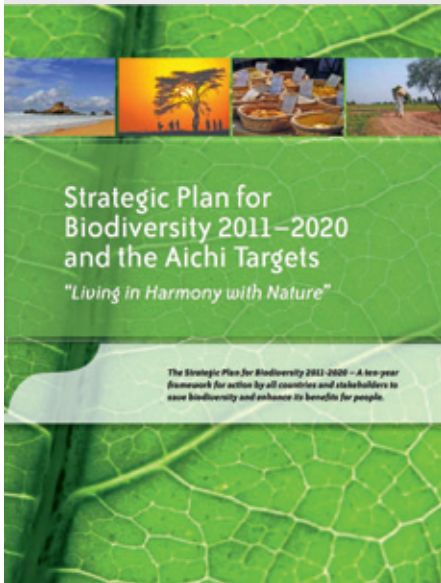
HINTERGRUND

WIE VIELE ARTEN GIBT ES?

Wie viele verschiedene Lebewesen auf der Erde insgesamt leben, ist umstritten. Wissenschaftliche Schätzungen variieren dabei zwischen zehn und 100 Millionen. Erforscht und beschrieben sind dabei lediglich rund 1,75 Millionen Arten. Der größte Anteil entfällt dabei auf die Gruppe der Tiere, gefolgt von Pilzen und Pflanzen. Auf unserem Kontinent wird die Anzahl auf rund 200.000 beheimatete Tier- und Pflanzenarten geschätzt. Besonders artenreich ist dabei Österreich: Allein rund 45.000 Tierarten (davon ca. 97 Säugtierarten und ca. 37.150 Insektenarten), 2.950 Farn- und Blütenpflanzen sowie 1.000 Moosarten kommen hierzulande vor. Viele davon gelten leider als gefährdet.



*DI Lukas Strahlhofer, MSc ist Wasserwirtschafter, Umweltmanager und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



AICHI TARGETS 2010

ZIELE FÜR DEN SCHUTZ DER BIODIVERSITÄT

20 Ziele auf internationaler Ebene sind folgenden fünf strategischen Zielen untergeordnet:

- Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt durch ihre durchgängige Einbeziehung in alle Bereiche von Staat und Gesellschaft
- Den Druck auf die Biodiversität reduzieren und ihre nachhaltige Nutzung fördern
- Verbessertes Zustand der biologischen Vielfalt durch Sicherung der Ökosysteme und Arten sowie der genetischen Vielfalt

- Erhöhung des sich aus der biologischen Vielfalt und den Ökosystemleistungen ergebenden Nutzens für alle
- Verbesserte Umsetzung durch partizipative Planung, Wissensmanagement und Kapazitätsaufbau

Die konkreten Ziele bis 2020 umfassen dabei zum Beispiel alle Subventionen, die der biologischen Vielfalt schaden, zu beseitigen (Ziel 3) sowie 17 Prozent der Landfläche und zehn Prozent der Meeresfläche jedes Staates unter Schutz zu stellen (Ziel 11).

Biodiversitäts-Konvention ihre Mitgliedzahlen betreffend zweifelsohne eines der erfolgreichsten internationalen Vertragswerke. Dennoch fristet die UNO-Konvention nach wie vor eher ein Schattendasein, und die alle zwei Jahre stattfindenden Konferenzen der beteiligten Staaten („Conference of the Parties“, COP) werden – im Vergleich zu den Klimakonferenzen – in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Hinzu kommt, dass die Vertragsstaaten zwar völkerrechtlich zur Umsetzung der Konvention verpflichtet sind, jedoch nicht gezwungen. Dementsprechend haben viele Staaten auch nach dreißigjährigem Bestehen der Konvention noch immer keine nationale Biodiversitätsstrategie vorgelegt. Die bei der Konferenz in Johannesburg 2002 gesteckten Ziele, den weltweiten Rückgang der Biodiversität bis zum Jahr 2010 zu stoppen, waren damit quasi von vornherein zum Scheitern verurteilt. Immerhin kann in weiterer Folge dieses Scheitern auch als Weckruf gesehen werden, denn 2010 auf der COP 10 im japanischen Nagoya geschah in einer Reihe von Abkommen dies, woran viele schon gar nicht mehr glauben wollten: Die Vertragsstaaten verabschiedeten unter anderem einen strategischen Plan mit konkreten, veri-

fizierbaren Biodiversitäts-Zielen, den zwanzig sogenannten „Aichi Targets“ (siehe Kasten oben).

Zwei Jahre nach dem Erfolg von Nagoya ging es bei der UNO-Biodiversitätskonferenz in Hyderabad schließlich ans Eingemachte: nämlich um eine ausreichende Finanzierung der Zielerreichung bis 2020. Auf dem Gipfel wurde dabei überdeutlich, dass neoliberale Ideen nun endgültig auch im Naturschutz angekommen sind.

BIG BUSINESS

In der lautstarken Beschwörung, angesichts knapper öffentlicher Kassen den Privatsektor verstärkt einzubeziehen, geht es jedoch um nichts weniger, als die Zukunft des Naturschutzes selbst.

Verstärkte Anstrengungen vonseiten der Staaten oder der internationalen Gemeinschaft, regulativ zum Schutz von seltenen Arten und Ökosystemen einzugreifen, treten dabei häufig in den Hintergrund. Statt mit Einzigartigkeit und

Existenzberechtigung von beispielsweise Pandas und Flussdelphinen zu überzeugen, sollen nun nackte „konkrete“ Zahlen dienen. Eine zentrale Grundlage der Debatte war dabei das von den UmweltministerInnen auf dem G8+5 Treffen in Potsdam 2007 initiierte Programm TEEB (The Economics of Ecosystems and Biodiversity), das eine ökonomische Wertung von „Leistungen“ der Natur vornimmt. BefürworterInnen sehen in der fehlenden Einbeziehung von kostenlosen Leistungen der Natur in privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rechnungen die Hauptursache für den Verlust an biologischer Vielfalt. In dasselbe Horn bläst auch die Weltbank mit ihrer Initiative WAVES („Wealth Accounting and the Valuation of Ecosystem Services“), welche eine neue volkswirtschaftliche Rechnungsführung unterstützt, die den Wert von Ökosystemdienstleistungen einbezieht.

Aber wie genau soll der Privatsektor, der bisher Biodiversität meist ignorierte – viel häufiger aber noch von deren

weiter auf Seite 24 →

„ KOSTEN-NUTZENANALYSEN FÜR BIODIVERSITÄT SIND EINE VIEL ZU ENGE ÖKONOMISCHE REDUZIERUNG DER BEDEUTUNG VON ARTENVIELFALT.“

Rote Listen: Österreich

Hierzulande gelten 27% der Säugetiere, 27% der Vögel, 60% der Kriechtiere, 33% der Farn- und Blütenpflanzen sowie 57% der 93 vorkommenden Waldbiotoptypen und 90% aller 61 Grünlandbiotoptypen als gefährdet.

Biodiversitätsstrategie

Zur Umsetzung der Vorgaben aus der EU-Biodiversitätsstrategie für das Jahr 2020 wird zurzeit eine neue Biodiversitätsstrategie für Österreich entwickelt. Details unter: www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/naturschutz/biolat/biodivstrat_2020/

Geschäftsmöglichkeit

Laut TEEB-Studie wird ein in den USA bereits bestehender Markt für sogenannte „Feuchtgebiets-Zertifikate“ auf 1,1 bis 1,8 Mrd. US-Dollar geschätzt. www.teebweb.org

INTERVIEW MIT ALEXANDRA STRICKNER VON ATTAC

WAS IST UNS DIE UMWELT WERT?

Heutzutage soll alles monetär bewertbar gemacht werden – auch Ökologie und Nachhaltigkeit. Doch was hat das für Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt? Ist die Monetarisierung von Umweltgütern ein gangbarer Weg?

Weltweit sucht Kapital Anlagemöglichkeiten. Welche Bedingungen benötigen „ethische Investments“, um tatsächlich ökologische und soziale Verbesserungen zu erzielen?

Strickner: Das grundlegende Problem dieses Ansatzes ist, dass er der Logik verhaftet bleibt, dass Marktmechanismen für alle Probleme die Lösung sind. Das ist falsch. Wenn wir wirkliche Antworten für Klimawandel, die Zerstörung der Biodiversität oder die zunehmende Arbeitslosigkeit finden wollen, müssen wir Ursachenforschung betreiben. Die zentralen Ursachen der ökologischen und sozialen Krise sind die Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems, der damit verbundene permanente Wachstumszwang und die immer größere Konzentration von Vermögen.

Globale Umweltabkommen waren bislang wenig erfolgreich. Ist von der Privatisierung von Nutzungsrechten an Natur und Umwelt mehr zu erwarten?

Strickner: Die Erfahrungen mit Marktlösungen zeigen, dass sie die ökologischen Probleme verschärfen. Ein Beispiel dafür ist der europäische Emissionshandel. Die Idee dabei ist, Treibhausgasemissionen einen Preis zu geben und durch Anreize für klimafreundliche Innovationen zu reduzieren. Dieser Weg ist gescheitert. Die Emissionen sind deutlich gestiegen. Die Privatisierung von Nutzungsrechten

ändert nichts an den strukturellen Ursachen der Naturzerstörung. Wir müssen unsere Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Produktions-, und Verteilungssysteme grundlegend verändern. Dazu gehören lokale Wirtschaftskreisläufe, agrarökologische Produktionsweisen, die lokale und demokratische Produktion sicherer, erneuerbarer Energien und die Re-Orientierung der Wirtschaft auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen.

Sie engagieren sich auch beim zivilgesellschaftlichen Projekt „Wege aus der Krise“ gegen neoliberale Kürzungspolitik. Führt dieser Weg eher zu „Green Growth“ - grünerem Wachstum, oder zu „De-Growth“, also einer Abkehr vom Wachstumsparadigma?

Strickner: Die Allianz „Wege aus der Krise“ stellt die Frage ins Zentrum, wie wir ein gutes Leben für alle Menschen in Österreich sicherstellen können – mit allen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Wie können wir z.B. Mobilität für alle sicherstellen, wissend dass Erdöl endlich ist und Agrotreibstoffe keine Alternative sind. Daraus ergeben sich notwendige Zukunftsinvestitionen, die Arbeit schaffen, die aus einer sozialen und ökologischen Perspektive Sinn machen. Es geht um die Frage wie wir leben wollen und um konkrete Schritte dorthin. Die Frage nach welchem Wachstum stellt sich so abstrakt dann nicht mehr.



* **Mag.a Alexandra Strickner** ist Ökonomin, arbeitet als politische Koordinatorin der Allianz „Wege aus der Krise“ und ist Mitbegründerin und Obfrau von Attac Österreich.

→ Zerstörung profitierte – nun in Form neuer Geschäftsmöglichkeiten mit ins Boot geholt werden? Einen beispielhaften Einblick des Möglichen bietet hierbei Australien, wo es Bauunternehmen in einem Pilotprojekt ermöglicht wurde, ähnlich wie beim CO₂-Emissionshandel, sogenannte „Biodiversitäts-Zertifikate“ zu kaufen, um damit negative Auswirkungen von Bauprojekten auf die Biodiversität vor Ort zu „kompensieren“. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit geschaffen, solche Zertifikate auch selbst zu generieren, indem man geschädigtes Land woanders „verbessert“. Geht es nach der TEEB-Studie, darf man außerdem beträchtliche Geschäftsmöglichkeiten im Handel mit Umweltzertifikaten dieser Art erwarten. Selbstverständlich werden dann auch neue Dienstleistungen wie Beratung, Vermittlung, oder Fondmanagement nötig. Im durch die Finanzkrise angeschlagenen Bankensektor, wo man eifrig Ausschau nach Innovationen hält, muss dies wie Musik in den Ohren klingen. Statt sich mit strengen Schutzbestimmungen, langen Verfahren und nervigen Regulierungen herumschlagen zu müssen, sollen nun also neue Handelsmöglichkeiten und innovative Finanzinstrumente geschaffen werden.

KRITIK

Aber ist es als Grundlage hierfür nun möglich, Biodiversität angesichts ihres stetigen – oft langfristigen – natürlichen sowie unweigerlich menschlich beeinflussten Wandels zu messen, um sie dann auch noch einer Kosten-Nutzenanalyse zu unterziehen? Trotz der verlockenden Möglichkeit, die Bedeutung der Natur in Zahlen plakativ greifbar zu machen, läuft für Kritiker dieser Ansatz nicht zu Unrecht auf eine viel zu enge ökonomische Reduzierung der Bedeutung von Natur und Artenvielfalt hinaus. Aus ihrer Sicht ist es allein unmöglich, die Vielzahl oft unterschiedlich ausgeprägter sozialer und kultureller Bedeutungen von Biodiversität hinreichend darzustellen, geschweige denn zu monetarisieren. Auf Basis unzähliger Forschungsergebnisse müssen wir aber wohl auch gar nicht alles messen, um zu wissen, wie es um Natur und Artenvielfalt steht. Gefragt ist nun vor allem tiefgreifender (politischer) Wille zum Handeln. □

AKTION



Kaufsuchtgefährdung

28 Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen. Der Anteil der Frauen liegt auf einem sehr hohen Niveau – weit über dem der Männer. www.ak-konsumentenschutz.at

NAHRUNGSERGÄNZER FITMACHER ODER NEPP

Früher kannte man sie aus Amerika: Nahrungsmittel, auf denen in Riesenlettern z.B. „fettfrei“ oder „cholesterinarm“ prangte. Heute sind diese Produkte auch in Österreichs Supermärkten

nicht mehr wegzudenken und Reformläden, Drogeriemärkte und Apotheken naschen ebenfalls kräftig mit am Wellness- und Anti-Aging-Boom.

Die AK-Broschüre „Fitmacher oder Konsumentenpepp“ erklärt die Zusammenhänge zwischen Essen und Gesundheit und beleuchtet, welche Nahrungsergänzungen und funktionelle Lebensmittel es heute in Österreich gibt und wann es wirklich Sinn macht, auf diese zurückzugreifen. <http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/konsument/index.html> LEI

ARBEITSWEGE MIT DEM RAD

Viele Arbeitswege sind sehr leicht mit dem Fahrrad zurückzulegen. Ob für Teilstrecken oder bis zur nächsten Haltestelle: Das Rad eignet sich als gesunde und umweltfreundliche Alternative. Der Rad-

verkehr erzeugt keine Abgase, ist leise, kostengünstig und: Bei Wegen bis zu 5 km sind StadtraderInnen meist schneller als ein Pkw. Informationen und Tipps für die Radnutzung am Arbeitsweg werden immer mehr nachgefragt. In einer neuen Broschüre hat die AK Wien das Wichtigste zusammengestellt: Von der erforderlichen Fahrradausstattung über Verhaltensvorschriften und Tipps für sicheres Radeln bis hin zu arbeitsrechtlich relevanten Infos. Bestelltelefon: 01/501 65 401 oder E-Mail: bestellservice@akwien.at Download: <http://wien.arbeiterkammer.at/publikationen>

LEI

E-NUMMERN LEITFADEN

Die starke Technisierung der Lebensmittelproduktion hat die Bedeutung der Zusatzstoffe erhöht. Der Wunsch nach genauerer Info führte manchmal dazu, dass z.B. kopierte Falschinformationen dubioser Herkunft kursierten. Die AK versucht seit Jahren, mit der Herausgabe von „Lebensmittelzusatzstoffe - Ein Leitfaden zu E-Nummern für Lebensmittel“ diesem Informationsmanko zu begegnen und gleichzeitig den Einsatz der Zusatzstoffe kritisch zu betrachten. <http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/konsument> LEI

GUT INFORMIERT UNTERWEGS FAHRGASTRECHTE

Nicht nur aufgrund der Spritpreise nutzen immer mehr Menschen die zahlreichen Angebote des öffentlichen Verkehrs. Natürlich verläuft aber auch dabei nicht immer alles reibungslos. Wie Sie Probleme bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vermeiden bzw. lösen können, und welche Rechte Sie als Fahrgast haben, fasst die neu überarbeitete AK-Broschüre „Gut informiert im Öffentlichen Verkehr“ (Schwerpunkt Wien und Ostregion) übersichtlich zusammen. JL



Wer seine Rechte kennt, hat gut lachen

WEGWERFGESELLSCHAFT GEKAUFT UND SCHON KAPUTT

Mitte Juni 2013 fand im AK Bildungszentrum in Wien die Tagung zur „geplanten Obsoleszenz“, also zum absichtlich in Produkten eingebauten Ablaufdatum statt. ExpertInnen und WissenschaftlerInnen diskutierten die ökonomischen, technischen und sozialen Rahmenbedingungen, die zu verkürzten Produktlebenszyklen oder eingebauten Schwachstellen bei industriellen Erzeugnissen führen können. Hintergrundinfos unter: http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Konsument/Geplante_Obsoleszenz.html LEI

AK Steiermark: Studie Smart Cities

Unter „Smart Cities“ versteht man Urbanisierungsprozesse, in denen Investitionen in Verkehr und moderne Kommunikationsmittel zur nachhaltigen ökonomischen Entwicklung beitragen. Die Studie stellt Modellprojekte in Österreich und Europa vor. www.akstmk.at

AK Wien: Kritik an BiogASFörderung

So kann es nicht gehen: Die Verstromung von Nahrungsmittel-Rohstoffen wird mit steigenden Förderungen belohnt, kritisiert die AK. <http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/umwelt/energie/biogas-Anlagen.html>

BETRIEB

Die Arbeit im Wald, Park oder Garten steht gemeinhin für Arbeiten in der „g’sunden Luft“. Von der „grünen Lunge“ ist man jedoch weit entfernt, wenn Arbeitsmaschinen und deren Abgase im Spiel sind. „Gesundheit tanken“ kommt beim Treibstoff dieser Maschinen sprichwörtlich eine enorme Bedeutung zu.

VON FRANZ GREIL*

Arbeiten im Grünen: Oft gar nicht g’sund



ZUSAMMENFASSUNG:

Der Artikel thematisiert die Belastung von ArbeitnehmerInnen, die Arbeitsgeräte in Wäldern, Parkanlagen und bei der Grünpflege verwenden. Diese benzingetriebenen Geräte mit 2- und 4-Taktmotoren haben extrem hohe Emissionen. Besonders gefährlich ist das krebserzeugende Benzol, das mit Gerätebenzin vermindert werden kann. In Österreich wird dem gesetzlich nicht Rechnung getragen.

Die Arbeit im Wald und die Pflege von Parks mit einer Tätigkeit in g’sunder Luft gleichzusetzen, kann trügerisch sein. Grund dafür sind die dabei verwendeten Arbeitsmaschinen. Dazu zählen im engeren Sinne Motorsägen, Motormäher, Motorsensen und Heckenscheren. Deren gesundheitsschädigende Abgase können sprichwörtlich zum Himmel stinken, besonders wenn sie von Zwei-Takt-Motoren betrieben werden, wo ein Drittel des eingesetzten Benzins unverbrannt emittiert wird. Verstärkt wird hier noch die Schadstoffexposition, wenn die handgehaltenen Geräte (z.B. Motorsäge) anders als beim Auto in einer Distanz von weniger als ein Meter zur Nase von MaschinenführerInnen oft über mehrere Stunden betrieben werden. NaturarbeiterInnen arbeiten somit sozusagen auf Auspuffhöhe zum Quadrat! Relevant ist dies besonders bei Forstbetrieben,

aber auch bei kommunalen Gartenbauämtern und Bauhöfen sowie bei der Grünpflege im Rahmen von Infrastrukturanbietern (z.B. ÖBB, ASFINAG) oder Hausverwaltungen. Nicht vergessen werden darf aber der Einsatz dieser Geräte bei LandwirtInnen und FreizeitgärtnerInnen.

SCHADSTOFFCOCKTAIL

Im Wesentlichen fallen bei diesen benzinbetriebenen Arbeitsmaschinen von bis zu 18 kW/h Leistung Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxid und Stickoxide mit gesundheitsschädigenden Emissionen an. Bei einer Motorsäge kann grob gesprochen von einem Zwei-Drittel-Anteil von Kohlenmonoxid und fast einem Drittel von Kohlenwasserstoff ausgegangen werden. Den Rest machen Stickoxide und Schwefel aus. Die Leistungsstärke dieses Motors (2,5 kW/h) steht aber in keiner Relation zum Aus-

stoß von Schadstoffen. Laut einer Studie des Schweizer Umweltamtes produziert selbst eine relativ neue Motorsäge (Baujahr 2008, 2,5 kW/h) pro Betriebsstunde 11-mal mehr Benzol als ein neuer Pkw (Baujahr 2008, Euro IV). Bei älteren 4-Takt-Rasenmähern (Baujahr vor 2000) fielen sogar je nach Einsatzbedingungen bis zu 24-mal so viel an Benzol wie bei gleichaltrigen Pkw (Euro 2) an. HerstellerInnen von speziellen Treibstoffen führen sogar den Faktor 50 ins Treffen.

Dieser Schadstoffcocktail kann bei VerwenderInnen zu einer Schädigung der Atmungsorgane und des Nervensystems sowie einer geringeren Sauerstoffaufnahme des Blutes führen. Oft sind auch Schläfrigkeit und Schwindelanfälle die Folgen. Insbesondere bei Benzol, das inhalativ und über die Haut aufgenommen wird, sind die Auswirkungen unumstritten. Seit 1982 stuft die Internationale Agentur für

* Mag. Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Gerätebenzin oder Alkylatbenzin

Ein speziell raffinierter Treibstoff, der frei von Blei, Benzol, Aromaten, Schwefel und Stickoxiden ist. Durch die fehlenden Aromaten weist es auch nicht den typischen Benzingeruch auf. Mehr unter: www.wien.gv.at/umweltschutz/oekokauf/pdf/alkylatbenzin.pdf





Krebsforschung der WHO Benzol als „gesichert krebserzeugend für den Menschen“ ein. Seine toxische Wirkung ist beim Blut (Leukämie und Knochenmarkdepression) hinreichend belegt. In Tierversuchen wurde zudem auch seine tumorfördernde Wirkung festgestellt.

LAHME EU-GESETZGEBUNG

Diese bedenkliche Exposition für den betroffenen ArbeitnehmerInnen, aber auch HobbygärtnerInnen, ist mehreren Faktoren geschuldet. Selbst eine umweltfreundlich gesinnte Öffentlichkeit sieht häufig unkritisch über dieses kleine Maschinensegment hinweg. Kein Wunder also, wenn der EU-Gesetzgeber keine strengen Grenzwerte einfordert. Selbst diese werden aber noch durch Ausnahmen und unrealistischen Haltbarkeitsanforderungen (50–1.000 Arbeits-

stunden) relativiert. Seit 2007 plant die EU-Kommission eine Überarbeitung des Regelwerks in Form eines neuen Richtlinienvorschlages und verschiebt diesen immer wieder aus unterschiedlichsten Gründen. So gilt bei Arbeitsgeräten weiterhin eine alte EU-Richtlinie 97/68/EG („Off-Road-RL“) als Rahmen und die 2002/88/EG mit den Emissionsgrenzwerten für Maschinen bis 18 kW/h, die drei Klassen von Handgeräten und vier Klassen von Nicht-Handgeräten unterscheidet. Erschwerend kommt hinzu, dass es in Österreich de facto keine Marktaufsicht gibt, die den Verkauf von gesetzeskonformen Geräten kontrolliert. Asiatische Billigimporte gehen hierzulande ungestraft über den Ladentisch, die in Nordamerika schon an der Grenze abgefangen werden.

Das außerordentliche Emissionsverhalten ist aber auch durch die besonderen Einsatzbedingungen dieser Maschi-

MIT HANDGEHALTENEN GERÄTEN ARBEITEN NATURARBEITERINNEN SOZUSAGEN AUF AUSPUFFHÖHE ZUM QUADRAT!

nen gegeben. Die Ausstattung von Motorsägen mit einem Katalysator scheiterte schon in den 1990-er Jahren an zu niedrigen Temperaturen beim Anstarten bzw. bei der Hitzebildung, die sich nur mit einer Ummantelung vermeiden lässt. Gerade handgehaltene Geräte müssen aber aus Ergonomiegesichtspunkten für den AnwenderInnen möglichst leicht konzipiert werden. Der robuste Zwei-Takt-Motor bei diesen Geräten ist aber unabdingbar, um ein hohes Drehmoment des Motors sicherzustellen. Auch wenn moderne Motorsägen inzwischen mit einer effizienten „Spülvorlagen-Technologie“ arbeiten und damit Emissionen reduzieren, so können doch die krebserzeugenden Kohlenwasserstoffe (Benzol, n-Hexan und 1,3 Butadien) und Stickoxide nur mit „Gerätebenzin“ zufried-

denstellend minimiert werden. Bei der Reduktion von Kohlenmonoxid versagt Gerätebenzin dagegen aber auch.

Gerätebenzin, auch Alkylat- oder „grünes Benzin“ genannt, ist ein spezieller Treibstoff für Ottomotoren, der nach Stand der Technik arm an gesundheits- und umweltschädlichen Stoffen ist, insbesondere bei krebserzeugenden, erbgutverändernden und reproduktionstoxischen Stoffen in den Abgasen. Die aufwendige Raffinierung stellt sicher, dass Gerätebenzin frei von Benzol und anderen Aromaten ist. Im Unterschied zu gewöhnlichem „Tankstellen-Benzin“ besteht es vorwiegend aus Alkanen, die eine besonders rußarme Verbrennung und eine lange Lagerfähigkeit des Gerätebensins – bis zu zwei

weiter auf Seite 28 →

BELASTUNGEN

FEINSTAUB UND BENZIN

Ultrafeine Partikel werden gemeinhin mit Dieselmotoren assoziiert. Benziner emittieren aber auch Partikel. Grund sind innermotorischer Abrieb und Schmieröle, die Metalle enthalten. Dies ist auch bei Zweitaktern belegt. Demnach haben ArbeiterInnen, die z.B. im Mittelstreifen einer Autobahn Mäharbeiten durchführen, eine drei- bis achtfach höhere Feinstaub-Exposition als die Durchschnittsbevölkerung. Grund sind aber nicht die Autos, sondern die verwendeten Motorsensen! Durch Verwendung von Schmieröl, das dem Alkylat-Benzin bereits zugesetzt ist, kann auch hier Abhilfe geschaffen werden.

Kohlenwasserstoffe

Sie sind chemische Verbindungen aus Kohlenstoff und Wasserstoff. Aromaten sind die gefährlichsten Kohlenwasserstoffverbindungen für die menschliche Gesundheit. Sie sind reichlich in Rohölen, Raffinerieprodukten und Abgasen vorhanden.

Benzol - C₆H₆

Es ist der bekannteste Aromat und ist laut Gefahstoffliste als krebserzeugend eingestuft. Es verursacht Leukämie und andere Krebserkrankungen. Normalbenzin von der Tankstelle enthält bis zu ein Prozent an Benzol.

TIPPS

UMWELTTATORT GARTENPFLEGE

Für die HobbygärtnerIn oder die betriebliche Praxis sollten bei der Grünpflege mechanische oder elektrisch betriebene Geräte absoluten Vorrang haben. Ein solcher Handrasenmäher oder Laubbesen erspart noch immer sich und seinen Nachbarn Energie, Abgase und nervigen Lärm. AnwenderInnen von Laubbläsern, sofern sie gewisse Arbeitsschritte ohnehin nicht der Natur überlassen wollen, atmen zudem durch Aufwirbelung massiv so ziemlich alles ein – von Wurmeiern bis Parasiten. Geräte mit Akku können bei vielen Anwendungen eine Lösung sein. Wo aber die Örtlichkeit keinen Stromanschluss erlaubt oder zum Beispiel die Rasenfläche zu groß wird, sollte bei Benzinmotoren generell den 4-Taktern der Vorrang gegenüber den 2-Taktern gegeben werden. Wird Gerätebenzin bei 2- und 4-Taktern verwendet, kann die Belastung für Gesundheit und Umwelt minimiert werden.



Mäh – die gesündete Art das Gras zu mähen.

→ Jahren – sicherstellen. Darüber hinaus können MaschinenführerInnen diesen Treibstoff sofort riechen, da er nicht den stechend würzigen Geruch von Benzin aufweist. Diesen positiven Eigenschaften für Gesundheit und Motor steht leider betriebswirtschaftlich ein drei- bis viermal so hoher Preis gegenüber, weil der Vertrieb über Einweg-Gebinde (z.B. 25 Liter) erfolgt.

Die Ächtung von Benzin als krebserzeugender Stoff ist international längst vollzogen und steht wissenschaftlich außer Streit. In Staaten wie Norwegen,

Schweden und der Schweiz muss Gerätebenzin bereits zwingend im betrieblichen Bereich verwendet werden.

ÄNDERUNGSBEDARF

Obwohl in einigen Unternehmungen (z.B. Betriebe der Stadt Wien, städtische Park- und Gartenpflege in Linz und Graz) Gerätebenzin freiwillig zugunsten der Umwelt und Gesundheit der dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen verwendet wird, drängt sich die Frage auf, warum dies in Österreich

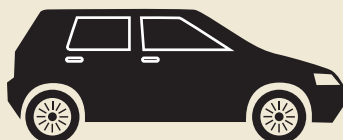
im betrieblichen Bereich nicht gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist. Das Arbeitnehmerschutzgesetz (ASchG) schreibt den ArbeitgeberInnen generell eine Ersatzpflicht bei krebserzeugenden Arbeitsstoffen vor, wenn ein gleichwertiges Arbeitsergebnis mit nicht gefährlichen Arbeitsstoffen erreicht werden kann oder, sofern dies nicht möglich ist, mit Arbeitsstoffen, die weniger gefährliche Eigenschaften aufweisen. Dem steht leider noch immer eine fragwürdige Bestimmung in der allgemeinen Arbeitnehmerschutzverordnung (AAV) gegenüber, die Benzin in Motortreibstoffen, die Erzeugung von Benzin und ihre Verwendung für chemische Synthesen oder für analytische Zwecke und Forschungszwecke in Laboratorien explizit davon ausnimmt.

Ob betroffene ArbeitnehmerInnen tatsächlich in der Natur mit der g'sunden Luft arbeiten können, hängt somit bedauerlicherweise noch immer von Einsicht und Wohlwollen der ArbeitgeberInnen bzw dem innerbetrieblichen Engagement der BetriebsrätInnen ab. □

UMWELTSÜNDER KLEINGERÄTE: Gerätebenzin schafft Abhilfe



11x



Selbst moderne Arbeitsgeräte, die mit Tankstellen-Benzin betrieben werden, verursachen hohe Benzol-Konzentrationen. Laut Schweizer Umweltbundesamt (BAFU) stoßen moderne 2-Takt-Kleingeräte (z.B. Motorsägen) pro Stunde im Durchschnitt etwa 11-mal mehr krebserzeugendes Benzol aus als ein moderner Benzin-Pkw (Euro 4). Bei älteren Kleingeräten ist die Belastung sogar noch höher. Laut BAFU muss ein Rasenmäher (4-Takt-Motor/Baujahr vor 2000) mit dem Faktor 24 im Vergleich zum Pkw veranschlagt werden. Immer vorausgesetzt, das Gerät erfüllt die offiziellen Herstellerangaben. Daher gilt die Faustregel: Wer auf seine Gesundheit achtet, nimmt Gerätebenzin. Er vermindert weitgehend das krebserzeugende Benzol.

MEDIEN

WEBSITE: NACHDENKSEITEN DIE KRITISCHE WEBSITE



BUCH

WACHSTUM ODER GUTES LEBEN?

E. und R. Skidelsky:
Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. Verlag Antje Kunstmann, 2013

Keynes Biograph Robert Skidelsky und sein Sohn, der Philosoph Edward Skidelsky befassen sich in diesem Buch mit einer gelungenen Mischung aus ökonomischen und philosophischen Überlegungen, wobei dies durchaus auch als Kritik an der Entfernung der Ökonomie von der Philosophie zu verstehen ist. Zitat: „Während der Ökonom weiß, wie man Wohlstand schafft, vermag der Philosoph mehr dazu beizutragen was Wohlstand wirklich ist und wie dieser genutzt werden sollte.“ Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, dass das klas-

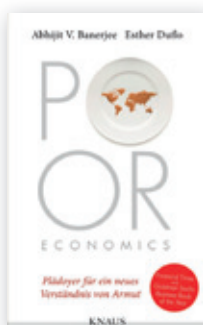
sische Problem der Ökonomie, wie genug für alle produziert werden kann, in der westlichen Welt weitgehend gelöst ist, mehr Wachstum die Bevölkerung kaum mehr glücklicher macht. Die Autoren verstehen sich nicht als Wachstumskritiker, sondern werfen die berechnete Frage auf, was wachsen und ein gutes Leben sein sollte. **SH**

BUCH

ARMUT NEU BETRACHTEN?

A. V. Banerjee / E. Duflo:
Poor Economics. Plädoyer für ein neues Verständnis von Armut. Knaus Verlag, München 2012.

Die beiden AutorInnen zeigen auf, dass unser übliches Bild von den Armen Klischee ist. Ihre These: Alle Konzepte für den Kampf gegen Hunger und Armut können nicht greifen, wenn sie auf falschen Annahmen basieren. Mehr als 15 Jahre haben die beiden ÖkonomInnen in dutzenden Ländern mit Armen gearbeitet. Ergebnis: Die jahrzehntelang betriebene Anti-Armuts- bzw. sogenannte Entwicklungshilfepolitik der industrialisierten Länder ist wegen unadäquatem Zugang zu und Verständnis von Armut



in den konkreten Situationen zum Scheitern verurteilt. Die Botschaft: Ein radikales Umdenken sei notwendig, wenn die Probleme der Ungleichheit wirklich gelöst werden wollen. **LEI**

BUCH

MYTHEN DES SPARENS

BEIGEWUM, Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.):
Mythen des Sparens. Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse. VSA Verlag, Hamburg 2013.

Wer Schulden hat, muss sparen! So einfach ist die Analyse der Mainstream-Medien und der herrschenden politischen Elite.

Staatsschulden werden als Krisenursache postuliert und die Reduktion der öffentlichen Ausgaben als einzige Lösung gepriesen. In drei Teilen setzt sich das AutorInnenkollektiv des BEIGEWUM (www.beigewum.at) mit den vorherrschenden Schulden-, Spar- und Euro-Dogmen auseinander und stellt diesen – wissenschaftlich fundiert und faktenbasierend – eine ebenso kritische wie differenzierte Sichtweise entgegen. Der vierte Teil widmet sich konkreten und praktisch realisierbaren Alternativen zur Spar-Orthodoxie. BEIGEWUM gibt den LeserInnen nach dem Band „Mythen der Krise“ neuerlich eine effektive Waffe zur „geistigen Verteidigung in Wirtschaftsfragen“ in die Hand. **JT**



Webportal: Radlobby Österreich

Nach einer mehrjährigen Phase der offenen Zusammenarbeit als Plattform „Radlobby.at“ wurde nun ein offizieller Dachverband aus 13 Fahrradinitiativen aus allen neun Bundesländern gegründet. Unter anderen dabei: Argus, IG Fahrrad, BI Mountainbike. Mehr unter: www.radlobby.at

AK Infobrief EU-International

Dieser Infobrief bietet alle zwei Monate von AK-ExpertInnen verfasste Hintergrund-Infos, Analysen und Kommentare zu aktuellen Fragen der EU- und internationalen Politik und Wirtschaftsbeziehungen. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/eu-infobrief-20156.html>

Mit Landwirtschaftsindustrialisierung, Monokulturen und Hybridsorten geht verstärkt auch der Geschmacksreichtum unserer Gemüse-, Obst- und Getreidesorten verloren. In den vergangenen hundert Jahren verschwand weltweit etwa 75 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Vielfalt. Dringendes Handeln ist notwendig.

VON IRIS STRUTZMANN*

Gefährdete Sortenvielfalt



ZUSAMMENFASSUNG:

KonsumentInnen fragen zunehmend traditionelle Sortenraritäten bei Gemüse, Getreide und Obst nach. BiobäuerInnen, HobbygärtnerInnen und Supermärkte bieten Gemüseraritäten als Saatgut, Jungpflanzen und Früchte zum Verkauf an und ermöglichen Vielfalt am Teller. Der Entwurf der EU-Kommission für eine neue EU-Saatgutverordnung gefährdet diese Vielfalt und begünstigt große industrielle Saatguthersteller.

Am 6. Mai 2013 legte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zu Neuregelungen des Saat- und Pflanzgutverkehrs in der EU vor. Diese soll die derzeit noch gültigen 12 EU-Richtlinien für Saat- und Pflanzgut ablösen und gilt dann unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der EU.

Bisher wurde nur Saatgut zum Zwecke der kommerziellen Nutzung von den Regelungen erfasst. Diese wesentliche Einschränkung würde mit der neuen EU-Saatgutverordnung nicht mehr gelten. Besonders betroffen wären dabei alte Landsorten, Erhaltungssorten und Sorten, die Raritäten darstellen oder von geringer ökonomischer Bedeutung sind. Das Saatguttestverfahren soll vor allem gleichbleibende Qualität von Pflanzen und Saatgut sicherstellen. Aber gerade traditionelle und seltene Sorten

entsprechen diesen Kriterien oft nicht. Bereits im Vorfeld hagelte es viel Kritik – wurde doch befürchtet, dass es traditionelle und alte Sorten künftig nur mehr über ein kompliziertes Zulassungsverfahren auf den Markt schaffen.

MASSIVE KRITIK

Wohl auch deshalb hat die EU-Kommission im vorgelegten Verordnungsvorschlag für Sortenraritäten Ausnahmen vorgesehen. Künftig sind HobbygärtnerInnen, ErhalterInnen und Vereine, die sich für den Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt einsetzen von der Registrierungspflicht ihres Saatgutes ausgenommen. Sie dürfen ihr Saatgut und die Jungpflanzen mit anderen tauschen, müssen es aber auch entsprechend kennzeichnen. Geld darf dabei aber keines in die Hand genommen werden, denn das wäre illegal. Auch Unternehmen, die einen

Umsatz von weniger als zwei Millionen Euro im Jahr erwirtschaften und maximal zehn MitarbeiterInnen beschäftigen, sind von der Registrierungspflicht ihres Saatgutes ausgenommen. Ihr Saatgut, Jungpflanzen und die geernteten Früchte sind als „Nischenprodukt“ zu kennzeichnen.

Einzig die europäische Saatgutindustrie begrüßte den EU-Vorschlag. Für sie werden insbesondere die Kosten für die Registrierung geringer. Aber auch die verpflichtende Registrierung – mit ein paar Ausnahmen – kommt ihnen entgegen. Auch, dass der „Ausschuss Landwirtschaft“ im EU-Parlament die Verhandlungen führen wird. Es werden vermutlich die Interessen der Saatgutindustrie und nicht die der Biodiversität und der KonsumentInnen in den Vordergrund gestellt werden.

Supermärkte fallen künftig nicht unter die Ausnahmeregel; sie können – geht es nach dem

* DI Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.



Was kommt auf den Teller?

Wer selbst bestimmen möchte, was auf den Teller kommt, kann die Online-Petition von Global 2000 und Arche Noah unterzeichnen: www.global2000.at/freiheit-f%C3%BCr-die-vielfalt

INTERNATIONALER SAATGUTMARKT DIE WELTGRÖSSTEN KONZERNE

Der weltweite Saatgutmarkt weist eine sehr starke Konzentration auf. Vor zehn Jahren hielten die zehn größten Anbieter rund 30 Prozent des Saatgutmarktes, heute sind es 73 Prozent. Den drei umsatzstärksten und weltgrößten Kulturpflanzen-, Saatgut- und Biochemiekonzernen Monsanto, DuPont und Syngenta mit insgesamt

14,5 Milliarden US-Dollar Umsatz gehören 53 Prozent des globalen Marktes. Einzelne haben Monsanto 27, DuPont 17 und Syngenta neun Prozent Anteil am Welt-Saatgutmarkt. Der Vorschlag zur EU-Saatgutverordnung könnte die Konzentration des weltweiten Saatgutmarktes weiter vorantreiben.



Ein paar Saatgutkonzerne beherrschen die Landwirtschaft

vorliegenden Entwurf – Getreide- und Obstsorten nicht mehr ohne zusätzlichen Aufwand bzw. ohne zusätzliche Kosten anbieten. Auch die von ihnen angebotenen traditionellen und alten Sorten müssten dann das strenge Registrierungsverfahren durchlaufen.

HÖHERE KOSTEN

Dies erhöht die Kosten für die Sortenraritäten und damit auch für die KonsumentInnen. Für die Supermärkte bedeutet dies einen erhöhten Aufwand – mit ungewissem Ausgang hinsichtlich Angebot und Preis. Zu befürchten ist jedenfalls, dass viele der bereits angebotenen Sortenraritäten – wie beispielsweise die Gemüsepaprika „Ochsenhorn“, die Etsberger Buschbohne, Salatparadeiser „Justus Gelbe“ – vom Markt gedrängt werden. Die Supermärkte setzen sich nun auch für eine Neuausrichtung des EU-Saatgesetzes

ein und unterstützen die Anliegen vieler europäischer NGOs. Ihrer Meinung nach sollten Umweltinteressen und der Erhalt der Biodiversität sowie die Berücksichtigung von Umwelt- und KonsumentInneninteressen in den Mittelpunkt dieser Verordnung gestellt werden. Die Vermarktung weniger homogener, jedoch genetisch breiterer und besser an die lokalen Bedingungen angepasster Sorten soll auch künftig ohne zusätzliche Auflagen möglich sein. Jegliche Hindernisse für die Vermarktung und den Tausch alter Sorten sowie bäuerlicher Züchtungen müssen ausgeräumt werden. Der Schutz der VerbraucherInnen sollte durch klare Transparenzregeln und Kennzeichnungsvorgaben gewährleistet sein.

In 39 wesentlichen rechtlichen Fragen behält sich die EU-Kommission so genannte delegierte Rechtsakte vor. Das bedeutet, dass die Kommis-

sion nach Beschlussfassung der EU-Saatgutverordnung durch den EU-Rat und das EU-Parlament in vielen Bereichen Änderungen oder weitere Präzisierungen vornehmen kann.

DEMOKRATIEDEFIZIT

So soll die EU-Kommission beispielsweise die Liste der verpflichtend zu registrierenden Saatgutsorten laufend erweitern können. Eingebunden sind dabei nur mehr ExpertInnen der EU-Mitgliedstaaten. Die Auslagerung so vieler wesentlicher Fragen an die Kommission ist aus demokratiepolitischer Sicht und im Sinne der Transparenz sehr bedenklich.

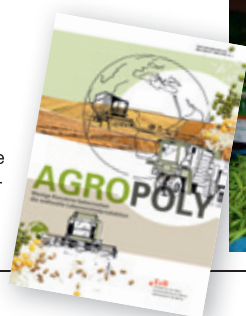
Damit wird das EU-Parlament wie auch die Zivilgesellschaft in vielen Bereichen von der Mitgestaltung ausgeschlossen. Die Anzahl der delegierten Rechtsakte ist auf das Wesentlichste zu beschränken und insbesondere Rechtsakte, die die Biodiversität betreffen, sind gänzlich zu streichen.

Auch der österreichische Bundesrat äußerte sich kritisch gegenüber dem vorliegenden Vorschlag. Die Abgeordneten sind der Meinung, dass die EU-Saatgutverordnung über das eigentliche Ziel hinausschießt und haben die EU-Kommission mittels „Subsidiaritätsrüge“ aufgefordert, den Vorschlag zu überdenken. □



Erklärung von Bern - Agropoly

Die NGO „Erklärung von Bern“ zeigt, dass immer weniger Konzerne die Basis unserer Lebensmittel liefern und damit Preise, Geschäftsbedingungen und sowie teilweise politische Rahmenbedingungen beeinflussen. www.evb.ch/p25019282.html



KONTRO

ÖKOSTROM: FIXE EINSPEISETARIFE

PRO

„DAS EINSPEISETARIFSYSTEM IST SICHER NICHT PERFEKT. ICH SEHE KEINES, DAS EFFIZIENTER UND BILLIGER IST.

DIPL.ING. JOSEF PLANK*

Langsam sollte es allen klar werden, dass wir in einem Energiesystem leben und wirtschaften, welches nicht nachhaltig ist und zukünftige Generationen enorm belastet. Wir vergeuden (verbrennen) wertvolle fossile Rohstoffe (Öl, Gas, Kohle) und ruinieren das Klima worunter die Lebensgrundlagen zukünftig belastet sind. Weltweit wird knapp 80 Prozent der Energie fossil erzeugt. Die Energiewende hin zum Einsatz erneuerbarer Energien und zu mehr Effizienz kann nicht länger warten. Schon unsere Enkelkinder (ihnen vererben wir die Perspektive, eine Klimaerwärmung um 4° C sowie eine Ressourcenknappheit mit fatalen Folgen) werden uns fragen, ob wir es nicht gewusst haben oder ob uns ein kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteil wichtiger war als ihre Zukunft.

Preistreiber bei Energie waren in den letzten Jahren eindeutig fossile Energieträger, während die jährlichen Kosten für die Förderung von Ökostrom mit rund 300 Millionen Euro sich kaum verändert haben. Seit 2003 haben sich die Kosten für den Import von fossilen Energieträgern nach Österreich (Öl und Gas) mehr als verdreifacht. Allein im letzten Jahr hat ein österreichischer Haushalt im Durchschnitt 200 Euro mehr für Heizöl ausgegeben. Im Schnitt betragen die gesamten Energiekosten für einen Haushalt mittlerweile 3.000 Euro pro Jahr (inkl. Wärme, Strom, Treibstoffe). Im vergangenen Jahrzehnt stieg der Strompreis mit plus 18 Prozent deutlich langsamer als die Preise aller anderen Energieformen. 2012 ist der

„DER MARKT SCHAFFT DIE NOTWENDIGE ENERGIEWENDE NICHT.

Strompreis mit plus 0,8 Prozent um zwei Drittel unter der allgemeinen Inflationsrate von 2,4 Prozent gelegen. Der Ökostromzuschlag lag mit 44 Euro im Jahr 2012 für einen Haushalt unter zehn Prozent der gesamten Stromkosten.

Solange Schäden der Stromerzeugung bei fossilen Anlagen (Umweltschäden in den Förderländern, Folgekosten des Klimawandels), die Kosten für Treibhausgasemissionen skandalös niedrig sind, Risikokosten und Endlagerkosten bei Atomanlagen vom Steuerzahler und hunderten zukünftiger Generationen zu tragen sind, ist es energiepolitisch zweckmäßig und gesamtwirtschaftlich sinnvoll, das bestehende Einspeisesystem in Österreich aufrecht zu erhalten. Der Vergleich mit anderen Modellen zeigt eindeutig, dass erneuerbare Energieträger schneller gebaut, günstiger finanziert und damit effizienter umgesetzt werden können, ohne Überförderung zu riskieren. Die Gesamtkosten für den Strommarkt sind damit gut kalkulierbar. Das Tarifsystem schafft einen relativ guten planbaren Rahmen, wodurch auch Private in Photovoltaik-, Windkraft- und Biomasseanlagen investieren können. Österreich hat mit einer relativ kurzen Laufzeit für den garantierten Einspeisetarif von 13 Jahren gegenüber Deutschland schon einen hohen Anteil Markt im System und damit keine Veranlassung Experimente zu machen.

Gerade die stärker dezentrale Energieproduktion mit erneuerbaren Quellen schafft Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätze. In der Diskussion über die Energiewende in Österreich und anderen Ländern habe ich oft den Eindruck, dass das weniger willkommen ist, als jährlich eine steigende Energieimportrechnung nach Russland, Saudi Arabien oder Nigeria zu zahlen. Es geht auch um mehr Energieunabhängigkeit.



*Dipl. Ing. Josef Plank ist Geschäftsführer von RENERGIE Raiffeisen Managementgesellschaft für erneuerbare Energie GmbH und Präsident von Erneuerbare Energie Österreich.

Einspeisetarife für Ökostromanlagen

Die in das Netz eingespeisten Energiemengen der geförderten Ökostromanlagen werden von der OeMAG (www.oem-ag.at) bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen mit Einspeisetarifen vergütet. Gesetzliche Grundlage bildet die Ökostrom-EinspeisetarifeVO 2012.

www.e-control.at/de/marktteilnehmer/oeko-energie

OVERFÜRSE

LANGFRISTIG BEIBEHALTEN?

ENERGIEWENDE IST EINE GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUFGABE,
DEREN KOSTEN AUF ALLE GERECHT ZU VERTEILEN SIND

CON

MAG.^a DOROTHEA HERZELE*

Unsere Energiesysteme sind im Wandel – am deutlichsten sichtbar ist dieser Transformationsprozess in der Stromwirtschaft: Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Brutto-Stromverbrauch liegt 2011 in Österreich bei knapp 65 Prozent (Statistik Austria), der Anteil des Ökostroms bei 9,3 Prozent (Ökostrombericht 2012). Verantwortlich für diesen Aufschwung des Ökostroms in den letzten 10 Jahren sind primär hohe Subventionen, die jährlich in diese Technologien fließen. Für den Ökostrom erhalten die Produzenten fixe Abnahmepreise für einen Zeitraum über 13 bis 15 Jahren garantiert. Finanziert werden diese Fördermittel, durch alle StromverbraucherInnen, allerdings nicht gleichermaßen: Die privaten Haushalte, die nur knapp ein Viertel des Stroms verbrauchen, zahlen zwischen 35 und 40 Prozent der Ökostromkosten. Während die Industrie, die 20 Prozent des Stroms verbraucht, nur rund sechs Prozent der Ökostromförderkosten bezahlt. Diese Schieflage ist nicht den Ökostromerzeugern anzulasten, sondern Ausdruck der Bevorzugung der Industrie durch die Politik. Verantwortung tragen die Ökostromerzeuger hingegen für die Verwendung der Ökostrommittel, die die Einzelinteressen einzelner Ökostromtechnologien widerspiegeln: So erzielen derzeit Windkraftbetreiber zweistellige Umsatzrenditen. Der größte private Betreiber wurde vor kurzem mit folgenden Worten zitiert: „Es ist eine angenehme Art Geld zu verdienen. Immerhin ist unser Umsatz staatlich garantiert.“ (Trend, März 2013) Am anderen Ende der Förderkaskade finden sich wirtschaftlich unrentable Biogasanlagen, die mit überhöhten Förderungen seit Jahren künstlich am Leben gehalten werden (APA, 23.07.2012). Diese Fehlallokationen von Fördermitteln führen zu immer höheren Kosten – 2015

sollen sich die Kosten bereits auf rund 550 Millionen Euro belaufen. Kosten, die am Ende auf die StromverbraucherInnen abgewälzt werden und dies überproportional stark auf die privaten Haushalte. Hinzu kommen noch weitere Kosten für den zusätzlichen Netzausbau und den zunehmenden Bedarf an Ausgleichsenergie. Und nun rufen konventionelle Gas-Kraftwerksbetreiber immer lauter nach Subventionen, als Anreiz für ihre Bereitstellung von Reserveleistungen. Denn hohe Gaseinstandspreise und niedrige Preise an den Strombörsen – bedingt durch das vermehrte Angebot subventionierten Ökostroms – reduzieren derzeit die wirtschaftliche Rentabilität dieser Anlagen.

Noch deutlicher kann sich der Bedarf an einer Reform des bisherigen Förderregimes wohl nicht zeigen. Denn die Transformation des Energiesystems ist eine gesamtwirtschaftliche Aufgabe, deren Kosten auf alle gerecht verteilt werden müssen, genauso wie der Nutzen allen zugutekommen soll. Das erfordert einen gesamthaften, systemischen Blick auf das Energiesystem: Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat kosteneffizient, im Gleichklang mit den erforderlichen Energie-Infrastrukturen und mit dem Ziel der Heranführung der Erzeugertechnologien an die Marktreife zu erfolgen. Damit einher geht, dass Subventionen für Technologien auch einmal auslaufen. Das erfordert ein Förderregime, das vorrangig auf Investitionsförderungen basiert.

FEHLALLOKATIONEN VON FÖRDERMITTELN
FÜHREN ZU IMMER HÖHEREN KOSTEN

Koordinierte Energiewende

Derzeit läuft etwas schief: Die Energiewende wird für die Haushalte immer teurer – die Ökostromförderkosten erreichen 2013 für einen durchschnittlichen Haushalt (3.500 kWh) 64 Euro (inkl. MWSt) und damit um 43 Prozent mehr als 2012.
www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Erneuerbare_Energie.html

*Mag.a Dorothea Herzele ist Ökonomin und Energieexpertin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien.



VOR 15 JAHREN ÖKOSTEUER UND VERTEILUNG

Schon die *Wirtschaft & Umwelt* 2/98 diskutierte eine Ökosteuerreform. Sie soll Umweltausbeutung verteuern und den Faktor Arbeit verbilligen. Ohne Entlastungen führen v.a. Energiesteuern zu massiven Belastungen für Einkommensschwache – damals wie heute.



„Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz führen im besten Fall zu einer optimalen Ressourcenallokation, niemals aber zu Verteilungsgerechtigkeit.

Fragen wie Verteilung sind keine Fragen der klassischen Marktanhänger. Für sie führt die Marktwirtschaft zu einem Wohlfahrtsmaximum, politisch verordnete Umverteilung bremst nur die wirtschaftliche Dynamik. Gerade bei der Energiesteuer und ihrer Tendenz, vor allem die untersten Einkommenschichten überproportional zu belasten, ist dieser Frage ein hoher Stellenwert zuzuordnen. Aber nicht jede Umweltbesteuerung muss Einkommensschwache überproportional treffen. Eine Reihe von möglichen Ökosteuern treffen eher finanziell bessergestellte Bevölkerungsschichten, zum Beispiel Abgaben auf Landverbrauch und Landnutzung. Jedoch stehen bei allen Ökosteuermodellen die Energiesteuern im Vordergrund und es sind auch die Energiesteuern, die den Großteil des Steuerertrages bringen.“ **LEO**

Kommunaler Ausverkauf: Krise der Privatisierung

Bis vor kurzem galten Liberalisierung und Privatisierung im Bereich öffentlicher Leistungen als Allheilmittel. Höhere Effizienz, mehr Qualität, niedrige Preise wurden versprochen. Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Manche Liberalisierungen wurden bereits rekommunalisiert. Eine AK-Fachtagung analysierte Ursachen und Folgen.

Die Privatisierung wichtiger öffentlicher Leistungen hat sich als Irrweg erwiesen, war der Tenor der Fachtagung. Heidrun Maier - de Kruijff vom Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) arbeitete z.B. heraus, dass jeder Euro, der in den untersuchten kommunalen Infrastrukturunternehmen an Wertschöpfung er-

wirtschaftet wird, weitere 1,7 Euro an Wertschöpfung für die gesamte Volkswirtschaft bringt. Und jeder Arbeitsplatz bei diesen Unternehmen generiert weitere 1,8 Arbeitsplätze in der Region.

Öffentliche oder privat organisierte Daseinsvorsorge wirkt sich auch auf den Umweltschutz aus. In der öffentlichen Abwasserentsorgung Österreichs, Deutschlands

und den Niederlanden werden 95 Prozent des Abwassers, in der weitgehend privatisierten Abwasserentsorgung Frankreichs oder Großbritanniens nur 50 bzw. 43 Prozent des Abwassers mechanisch und biologisch gereinigt. Die Stadt Paris machte die Ende der 1980er Jahre erfolgte Privatisierung (Preisanstieg 265 Prozent) 2009 wieder rückgängig.

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 34 **Neue Aus- und Weiterbildungsstandards für Bus- und LKW-LenkerInnen. Was kommt auf LenkerInnen, UnternehmerInnen, AusbilderInnen und PrüferInnen zu?** Tagungsband, 2008
- 35 **LKW-Maut für die Umwelt? Handlungsspielräume und Strategien im EU-Kontext auf dem Prüfstand,** Tagungsband, Franz Greil (Hrsg.), 2009
- 36 **Regionale Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion.** Auswertung der Online-Umfrage „Pendler/in am Wort“. Thomas Hader, 2009
- 37 **Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur.** Erfahrungen mit Public Private Partnership (PPP) in Österreich und Europa. Tagungsband, 2009
- 38 **Leitfaden für Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr.** Qualitäts- und Sozialkriterien. Anna Daimler, Doris Unfried. Studie, 2009
- 39 **Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion** Geschlechtsspezifische und soziale Hindernisse. Auswertung der Online Umfrage „Pendler/in am Wort“ Thomas Hader, 2009
- 40 **LKW-Stellplatzbedarf im hochrangigen österreichischen Straßennetz** Österreichisches Institut für Raumplanung, 2010
- 41 **PendlerInnen und Infrastruktur-Ausbau in der Ostregion** Ergebnisse der AK-Befragung 2009/2010 Thomas Hader, 2010
- 42 **Mangelware LKW-Parkplatz.** Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband, 2010
- 43 **Tourismus in Österreich 2011:** mit einer Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklimaindex Kai Biehl, Rudolf Kasko (Hrsg.), 2011
- 44 **Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen:** Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 **Die Lkw-Maut als Öko-Steuer** Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase Tagungsband, 2012
- 46 **BerufslenkerInnen am Wort** Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012
- 47 **Aktiv und selbstbestimmt zur Arbeit** Warum der Arbeitsweg zu Fuß und mit dem Rad die gestündere Alternative ist, was am Arbeitsweg besonders Stress macht und wie subjektive Aspekte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen. Johanna Schupp. Studie, 2012
- 48 **Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenautogesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 **Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den Öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 **Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich,** 2013



Daraufhin sanken die Wasserpreise um acht Prozent.

Der Stadtsoziologe Andrej Holm von der Humboldt-Universität Berlin zeigte auf, wie die Wohnungsprivatisierung in Berlin zu neuen Eigentümertypen, dem Ende der traditionellen Wohnungswirtschaft und zu Ausverkauf und steigenden Mieten führte.

Das Auftragsvolumen öffentlicher Institutionen in der

EU macht etwa 20 Prozent des BIP aus, warnte Sylvia Leodolter von der AK Abteilung Umwelt und Verkehr. Von diesem Kuchen wollen auch die privaten Anbieter essen. Die Liberalisierung von Eisenbahnen bringt für sich weder höhere Marktanteile noch zufriedener Kunden oder geringere öffentliche Ausgaben, sondern enormen Personalabbau, niedrigere Löhne und

„DIE MARKENZEICHEN KOMMUNALER UNTERNEHMEN SIND HOHE QUALITÄT, VERSORGENSICHERHEIT UND GÜNSTIGE PREISE FÜR ALLE.“

schlechtere Arbeitsbedingungen. Seit mehr als fünf Jahren dominiert das Thema „Rekommunalisierung“, insbesondere die Energiewirtschaft steht dabei im Fokus, so der Sozialökonom und Volkswirt Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik.

In seiner Analyse der Privatisierung von Krankenhäusern in Deutschland kommt Kai Mosebach vom Institut für Arbeitsmedizin, Sozialmedizin und Umweltmedizin der Goethe-Universität Frankfurt am Main zu dem Schluss: Es lässt sich weder belegen noch widerlegen, dass private Krankenhäuser in Deutschland effizienter, produktiver und/oder qualitativ besser sind. Und: Kommerzialisierung, nicht Privatisierung

ist das Grundproblem im deutschen Gesundheitswesen.

Die Studienreihe „Stadt- und Punkte“ wird von der Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien herausgegeben. Sie soll in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen. Sämtliche Studien sind kostenlos erhältlich unter: Tel: +43 (0)1 50165 / 3047, E-Mail: stadt@akwien.at oder Download unter:

http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Tagungsband_Krise_der_Privatisierung.pdf

Peter Prenner (Hg.): Kommunal- Ausverkauf. Von der Krise der Privatisierung. Stadtpunkte. Tagungsband der AK-Wien Fachtagung. Stand Jänner 2013

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

Alle Studien können unter www.ak-umwelt.at als PDF heruntergeladen werden.



- 167 Elisa Schenner **EU und Wasserliberalisierung** – Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene, 2006
- 169 Tony Musu **REACH am Arbeitsplatz** – Die potenziellen Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen, 2006 (vergriffen)
- 170 Franz Greil (Hrsg.) **Feinstaub am Arbeitsplatz** Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen, Tagungsband, 2006
- 171 Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht **Luftverkehr und Lärmschutz** – Ist-Stand im internationalen Vergleich – Grundlagen für eine österreichische Regelung, 2006
- 173 Franz Greil (Hrsg.) **Welche Zukunft hat der Diesel?** Technik, Kosten und Umweltfolgen, Tagungsband, 2007
- 174 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich**, Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess, 2007
- 175 **Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr** 2007
- 176 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsreich** Tagungsband, 2008
- 177 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments** Tagungsband, 2008
- 178 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie in Österreich** Tagungsband, 2008
- 179 **Feinstaubproblem Baumaschine** Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009
- 180 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Mehrweg hat Zukunft!** Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010
- 181 Thomas Thaler **Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand**. England/Wales, die Niederlande und Porto Allegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010
- 182 Werner Hochreiter (Hrsg.) **Aktionsplanung gegen Straßenlärm - wie geht es weiter?** Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Allegre (Brasilien) als Fallbeispiele
- 183 Christoph Streissler (Hrsg.) **Agrotreibstoffe - Lösung oder Problem?** Potenzielle, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010
- 184 **Lkw-Tempolimits und Emissionen:** Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011
- 185 **Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen.** Studie, 2011
- 186 **Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale.** Studie, 2012
- 187 **Die Zukunft der Wasserversorgung.** Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013
- 188 **Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen.** Tagungsbericht, 2013

AK-Tipp

TEURER WETTBEWERB

Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich. Verkehr und Infrastruktur Nr. 50, 2013.

Im neuesten Band dieser AK Studienreihe wird dargelegt, dass die Versprechungen der EU-Kommission, wonach die Liberalisierung automatisch zu billigeren und besseren Bahnen führt, nicht eintreten. Im Gegenteil: Es wird schlicht teurer. **GL**

Gratis bestellen unter:

wirtschaft.umwelt@akwien.at oder bei: AK-Wien, Abteilung Umwelt & Verkehr, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Tel: 01/50165-2404

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



NEU!

GUT INFORMIERT IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Bahn und Bus spielen im Berufs- und Freizeitverkehr eine wichtige Rolle. Doch was ist bei Problemen zu tun? Welche Rechte haben Fahrgäste? Die Broschüre fasst alle wichtigen Infos für die Fahrt im öffentlichen Verkehr (Schwerpunkt Ostregion) kurz und übersichtlich zusammen.



© CONTRASTWERKSTATT - FOTOLIA.COM



NEU!

MIT DEM RAD ZUR ARBEIT

Das Rad eignet sich als gesunde und ökologische Alternative – auch am Arbeitsweg. Von der erforderlichen Fahrradausstattung, Verhaltensvorschriften und Tipps für sicheres Radeln bis arbeitsrechtlich relevante Informationen: Das und mehr in der neuen Broschüre!



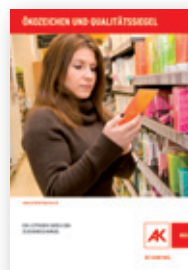
VERKEHRLÄRMSCHUTZ

Mehr als eine Million ÖsterreicherInnen fühlen sich durch Verkehrslärm beeinträchtigt. Diese Broschüre gibt Auskunft über Fördermöglichkeiten und Kontaktstellen für Lärmschutzmaßnahmen an Wohnungen und Gebäuden an den Verkehrsträgern Straße und Schiene.



ENERGIE SPAREN

Mit Hilfe dieser Broschüre können Sie die Umwelt und Ihr Geldbörstel schonen. Umfassende Informationen und konkrete Tipps aus verschiedenen Energiebereichen des Haushalts wie Raumheizung, Beleuchtung, Elektrogerätenutzung oder Auto tragen dazu bei.



ÖKO-ZEICHEN

Der Leitfaden durch den Zeichenschwung von Ökolabels und Qualitätssiegeln bietet neben einem Wegweiser, der erklärt, wofür Ökozeichen stehen und worüber sie informieren, die Liste der Zeichen selbst und Hinweise auf Serviceseiten im Internet.



LEBENSMITTELZUSATZSTOFFE

Zusatzstoffe spielen in Lebensmittelproduktion heute eine große Rolle. Der Wunsch nach genauere Information ist groß. Die AK betrachtet den Einsatz der Zusatzstoffe kritisch und versucht mit diesem Leitfaden dem Informationsmanko zu begegnen.

Zu bestellen unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder Telefon: 01/50165-2404 oder mit der Post an Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien